

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

225 (28.9.1932)

Schauspiel für Götter

(Schluß von Seite 1.)

men, aber bestand die Absicht, den Reichstag nach der Aussprache aufzulösen?

Reichskanzler: Von vornherein bestand überhaupt nicht die Absicht der Auflösung. Das ergibt sich ja schon aus der Vereinbarung mit dem Reichstagspräsidenten. Außerdem haben wir die Hoffnung, daß trotz der scharfen Gegensätze doch noch ein modus vivendi zwischen Reichstag und Regierung zustandekommen würde.

Dr. Hoegner: Die Auflösungsfrage haben Sie sich erst während der Sitzungsunterbrechung verschafft?

Reichskanzler: Jawohl.

Dr. Hoegner: Es bestand also die Absicht, den Reichstag auf jeden Fall bei Wiederbeginn der Sitzung aufzulösen?

Reichskanzler: Nein, ich habe angenommen, daß der Reichstagspräsident dem Chef der Regierung die Mäßigkeit abgeben würde, wenigstens die Regierungserklärung zu verlesen. In keinem Parlament der Welt passiert das, daß eine Opposition nicht einmal die Regierung zu Worte kommen läßt.

Dr. Hoegner: Herr Reichskanzler, ist Ihnen die Äußerung der Germania bekannt, wonach der Reichstagspräsident Göring während der Unterbrechung der Sitzung plötzlich mit der Behauptung zum Zentrum gekommen sei, daß der Reichstag jetzt auf jeden Fall aufgelöst würde?

Reichskanzler: Diese Äußerung des Reichstagspräsidenten war völlig unbestimmt. Wir hatten nicht die Absicht, aufzulösen.

Dr. Hoegner: Ist es richtig, daß Sie beim Betreten des Saales mit der roten Maske herausfordernd, wie gesagt worden ist, noch den Herren von der DVP, und dann auch zur Tribüne gewinkt haben?

Reichskanzler: Ich erkläre, daß das eine absolute falsche Feststellung ist.

Abg. Toralor: Ist der Reichskanzler endlich bereit, sich vor dem Untersuchungsausschuß für seine Politik der Rotverordnungen zu verantworten und den Verfassungsbestimmungen Genüge zu tun?

Vorsitzender Löbe: Das überschreitet den Rahmen der heutigen Vernehmung.

Reichstagspräsident Göring: Ich habe in der Unterredung nicht gesagt, ich würde Ihnen, Herr Reichskanzler, unter allen Umständen das Wort erteilen, denn ich konnte nicht wissen, was für Anträge kommen. Ich habe Ihnen allerdings versprochen, daß ich alles tun würde, damit Sie und die anderen Regierungsmitglieder keinerlei unangehörigen Angriffen ausgesetzt wären. Aber ich kann nicht das andere Versprechen abgeben haben. Auf die Frage des Herrn Hoegner, ob das Dekret erst in dieser Pause unterschrieben worden sei, lautet die Antwort: „Jawohl“.

Reichskanzler: Nein! Auf die Frage, ob es herangeholt worden sei.

Göring: Herr Reichskanzler, Sie haben mir in der Unterredung keinen Zweifel gelassen, daß Sie eine Abstimmung über ein Misstrauensvotum nicht zulassen, sondern vorher den Reichstag auflösen würden. (Der Reichskanzler nickt mit dem Kopfe.) Ich habe erst, als ich allein zu meinem Platte ging, und als das Dekret schon da lag, gesagt: Ich habe den bestimmten Eindruck, daß der Reichskanzler den Reichstag auflösen will. (Abg. Toralor: Woher hatten Sie denn den Eindruck?) Ich brauche Ihnen in den Herrn nicht zu nennen. (Toralor: Also doch eine Mitteilung!)

Reichskanzler von Papen: In unermesslichem Maße habe ich Sie wiederholt gebeten, doch nach einem Wege zu suchen, der uns eine Zusammenarbeit ermöglichte. Ich habe Ihnen allerdings keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung entschlossen war, falls über die Aufhebung der Rotverordnungen oder über einen Misstrauensantrag abgestimmt würde, den Reichstag aufzulösen. Aber wir waren übereingekommen, daß zunächst einmal die Regierungserklärung vor sich gehen sollte und dann die Debatte. Ich habe also nicht im Entferntesten daran denken können, daß es der Regierung unmöglich gemacht werden würde, ihre Erklärung zu verlesen.

Nun hat der Reichstagspräsident gesagt, er habe sich in einer Zwangslage befinden, nachdem der formelle Antrag Toralor angenommen worden sei. Wie ist aber nachträglich bekannt geworden, daß Prälat Reich nach Vernehmung mit anderen Parteien entschieden nicht beabsichtigt, den Antrag einzubringen, die alte Tagesordnung wiederherzustellen. Ich besitze mich auf die Mittelkammer, die der Reichstagspräsident der Presse hat ausgeben lassen. Damit hat er eindeutig erklärt, daß er entschlossen gewesen sei, die Regierung nicht zu Wort kommen zu lassen, und daß er die Abstimmung habe vornehmen müssen, um die Regierung zu Fall zu bringen, bevor sie in der Lage gewesen wäre, ihre Erklärung abzugeben.

Abg. Schmidt-Hannover (DVP): Nach dem Wortlaut des Stenogramms ist der Reichstagspräsident aus nach den Worten „Wir stimmen ab“ und „Die Abstimmung hat begonnen“, wonach dann erst die Niederlegung des Dekretes und der Auszug der Regierung erfolgte, nochmals zur Fragestellung zur Abstimmung zurückgeführt und hat jetzt erst die gemeinsame Abstimmung über die beiden Anträge und darnach in Verbindung hiermit die Abstimmung über das jetzt erst erwähnte Misstrauensvotum verknüpft. Hiernach erst begann die Abstimmungsbehandlung selbst. Die Schallplatte hat das Gleiche ergeben. Und ich verleihe diesen ganzen Streit um des Kaisers Bart nicht.

Vorsitzender Löbe: Das ist eine Beweiswürdigung. Ich bitte, das für später aufzunehmen. (Heiterkeit.)

Abg. Frank II fragt den Reichskanzler, mit welchem Recht er dem Reichstagspräsidenten den Vorwurf des Verfassungsbruches gemacht habe.

Papen: Gehört das zum Beweissthema?

Vorsitzender: Ja, insofern, als es sich auf die Worterteilung bezieht.

Papen: Ich weise darauf hin, daß der Reichstagspräsident entsprechend den geltenden Bestimmungen der Verfassung und der Geschäftsordnung mit dem Wort abgelehnt wurde.

Frank II: Wann wurde denn eigentlich die Auflösungsorder unterschrieben? Diese Frage wird das deutsche Volk sehr interessieren. Erfolgte sie in der halbtägigen Pause oder war sie bereits unterschrieben bei Beginn der Sitzung?

Papen: Ich bedauere, die Mitglieder des Abgeordneten nicht befriedigen zu können. Das Reichskabinett ist lediglich ermächtigt, über die Dinge anzusagen, die hier zur Debatte stehen.

Toralor: Ich möchte die Frage an den Ausschuss stellen: Ist der Zeuge berechtigt, nur auf Fragen ihm genehmer Ausschussmitglieder zu antworten und die Beantwortung von Fragen ihm politisch nicht genehmer Ausschussmitglieder zu verweigern? Wie hat der Reichskanzler die Frage, die von dem Abg. Frid beantwortet wurde, aufgefaßt?

Papen: Ich bin der Auffassung gewesen, daß der Reichstagspräsident und seine politischen Freunde verurteilt würden, in der Pause jemanden zu finden, der Eindruck erheben würde. Ich habe nicht annehmen können, daß die Herren entschlossen waren, unter allen Umständen die Regierungserklärung nicht zu hören.

Goebbels: Haben Sie etwas Tage nach dem 13. August eine Unterredung mit dem jüdischen Bankier Jakob Goldschmidt gehabt? Haben Sie in dieser Unterredung erklärt, Sie würden den Reichstag nicht zu einem Misstrauensvotum kommen lassen. Sie würden zwar die Regierungserklärung verlesen, aber eine Debatte nicht zulassen? Haben Sie auf den Hinweis, daß die Gewerkschaften gegen die Rotverordnungen mit Streik vorgehen könnten, erwidert, daß Sie notfalls auch zur Auflösung der Gewerkschaften schreiten würden?

Reichskanzler: Ich werde mich lediglich zur zweiten Frage äußern: Es ist ausgeschlossen, daß ich gesagt hätte, die Regierung würde zur Auflösung schreiten, bevor die Debatte erfolgt ist. Das hat garnicht im Sinne der Regierung gelegen.

Abg. Erffa (Ztr.) schildert kurz die Vorgänge in der Sitzungspause. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen Zentrum, DVP, Volkspartei und Nationalsozialisten sollte Abg. Reich den Antrag stellen, die Abstimmung erst am Schluß der Debatte festzusetzen.

Krach im Naziladen

Der Naziladen kracht in allen Ecken. Kein Kampf gegen die „feinen Leute“ kann darüber hinwegtäuschen. Zu Hunderten werden die „ermöglichten“ SA aus der Partei gemornt. Viele tauen folgen freiwillig nach. Sie haben die Nase voll von den braunen Däumeln, den Dicks und ihren Schindelverpöndungen.

Um die Hitler, Goebbels, Straßer und Konforten völlig fix zu machen, haben viele Industrielle und großartige Geldgeber einseitig ihre Kassenstränge für die NSDAP geöffnet. Deshalb schiden die braunen Reiter Deutschlands ihre noch treu gebliebenen SA mit dem Klingelbeutel auf die Bettelrouten. Abendlich sind sie im vornehmen Westen in Berlin zu sehen, wie sie die Klingelbühne hinhalten. In den Luxusbüros erheben sie besondere Beute und den Bettlern und hauernden Arbeitslosen hoffen sie erfolgreich Konkurrenz zu machen. Ob Jude oder Christ, er wird angeschlossen. Der Erfolg scheint jedoch sehr gering zu sein. Der finanzielle Pleitegeier schließt durch die braunen Däumler.

Am 22. September hat die Großdeutsche Handelsgesellschaft m. B. S., das ist die „Reichszeugmeisterei“ der NSDAP, von ihren Gläubigern und Lieferanten ein Schuldenmoratorium verlangt. Rund heraus wird in diesem Zahlungsaufschub die politische Seite der NSDAP einsehender und hinzugefügt, daß die SA-Mitglieder und sonstigen Parteiführer die gelieferten Waren und Auslieferungsgüter nicht beschlagnahmten, weshalb die Reichszeugmeisterei über die Verbindlichkeiten „einzwangeln“ nicht einhalten könne. Zwar werden die Gläubiger auf das nahe Dritte Reich verwiesen, das die Kassen wieder auffüllen werde (mit den

Steuergeldern des Volkes! Die Redaktion.) Aber die Hoffnung darauf scheint recht dünn, angesichts der Drohung der Reichszeugmeisterei: Wenn die Gläubiger keinen Aufschlag geben, erfolgt Konkurs und dann gibt es gar nichts!

So folat dem politischen Bankrott und Betrug der wirtschaftliche und finanzielle, und diese Leute, die nicht einmal in ihrem eigenen Kramladen Ordnung und Sauberkeit halten und ihre Zeugnemeisterei zum Dalles lassen, diese famolen „Wirtschaftspolitiker“, „Finanzleute“, „Sozialisten“ und „Vollführer“ wollten die deutsche Wirtschaft neu erblühen lassen. Wahre Wolkenbrüche von Reichtum und Wohlstand haben diese Maulhelden und Bankrotterreure bewirkt. Best gehen sie um, schwingen den Klingelbeutel und das Ende vom Lied ist, daß sie arm und reich, groß und klein betrogen haben. Heul Hitler!

In Dresden wurde ein Sturmführer der SA wegen angeblicher Behauptungen wegen seines Amtes entbunden. Die ihm unterstellte SA stellte sich auf seine Seite und begann zu meutern. Die SA-Führung drohte daraufhin mit der Entziehung aller Mitgliedschaften und erklärte dem meuternden SA: „Wenn ihr nicht sofort ruhig seid, hole ich die SS und lasse euch niederknüppeln.“

SS gegen SA. — das ist der Beginn des Kampfes aller gegen alle im Hitlerlager. Der Dresdener Fall ist nicht der einzige, und das ist der beste Beweis dafür, daß der Kampf aller gegen alle über den Anfang bereits hinausgegangen ist.

Da sei kurz vor Beginn der Sitzung nicht der Reichstagspräsident, sondern Dr. Frid gekommen und habe gesagt, die Nationalsozialisten hätten ganz positive bestimmte Nachrichten bekommen, daß es überhaupt nicht zur Abstimmung komme, sondern der Reichstag sofort aufgelöst würde. Die Nationalsozialisten würden sich deshalb an dem Antrag Reich nicht mehr beteiligen. Unter diesen Umständen habe es keinen Zweck mehr gehabt, den Antrag noch zu stellen.

Von den Nationalsozialisten ertönt der Ruf: „Sost-Barone“. — Löbe erteilt dafür einen Ordnungsruf.

Abg. Deuber (NS): Der Abg. Toralor hatte schon im Kabinettsrat seinen Antrag angekündigt und dort hatte auch Herr Dr. Oberlöcher erklärt, daß er Widerspruch erheben würde. Durch diesen Widerspruch des Abg. Oberlöcher (Heiterkeit) und der Deutschen Nationalen ist der Reichskanzler verhindert worden, die Regierungserklärung abzugeben.

Der Reichskanzler betont nochmals, die Tatsache, daß er ohne das Auflösungsdekret zunächst in den Reichstag gekommen sei, beweise den guten Glauben daran, daß der Reichstag die Regierung zum Wort kommen lassen würde.

Präsident Göring erklärt, Sie, Herr Reichskanzler, haben in der Öffentlichkeit wiederholt behauptet, daß der Vertreter der Regierung jederzeit das Recht habe, das Wort zu ergreifen. Ist Ihnen bekannt, daß das Wort „Jederzeit“ in der früheren Verfassung bestanden und daß man es im Jahre 1920 ausdrücklich gestrichelt hat? Statt dessen hat man jetzt „Außerhalb der Tagesordnung“.

Löbe erklärt, in der damaligen Beratung sei einwandig worden, daß „Jederzeit“ ein falscher Ausdruck sei, da sonst die Regierung mitten in der Abstimmung oder mitten in einer Rede eines Abgeordneten das Wort verlangen könnte.

Es entspricht sich dann zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Reichskanzler nochmals eine lange Auseinandersetzung über die Frage, in welchem Zeitpunkt der Kanzler den Arm zur Wortmeldung erhebt. Der Kanzler erklärt, daß er das noch vor den Worten „Wir stimmen ab“ getan habe. Ich war allerdings nicht der Auffassung, so betonte Papen, daß wenn Sie den Willen gehabt hätten, die Regierung zu Worte kommen zu lassen, Sie hätten anders verfahren müssen. Nach allgemeiner Sitzung nochmals die Frage zu stellen, ob ein Widerspruch gegen den kommunalistischen Antrag erhoben werde. Und dann wäre der Antrag Reich angenommen worden.

Abg. Dr. Oberlöcher (DVP): In der Festsitzung meiner Partei und einer Person lag die Auflösung des Reichstages. Die habe ich erreicht, und wenn die Herren Nationalsozialisten mir dazu dienlich gewesen sind, ist das ihre Sache. (Hört! Hört! und Bewegung.)

Abg. Dr. Högler (Bayer. Volk): Es ist behauptet worden, Sie, Herr Reichskanzler, hätten das Auflösungsdekret mit dem Text nach unten von den Präsidenten unterschrieben.

Papen: Tribünenbesucher haben mir mitgeteilt, Sie hätten sogar die Unterschrift des Reichspräsidenten, die ja bekanntlich sehr groß ist, lesen können. (Abg. Toralor: Das waren Hellheer! — Große Heiterkeit.)

Reichstagspräsident Göring: Das Dekret ist vom Herrn Reichskanzler vielleicht in der Meinung, er lege es nach oben, tatsächlich aber mit der Schrift nach unten hingelegt worden. In der Presse hat sogar geschrieben, man habe das Dekret liegen lassen, der Reichsleiter habe ordentlich darauf geachtet. Ich glaube, Herr Reichskanzler, Sie müssen selbst, was für ein Schriftstück das war. Von Reichsleiter war gar keine Rede.

Toralor: Was hätte der Reichskanzler getan, wenn die kommunalistischen Anträge sofort zur Abstimmung gestellt worden wären? Sollte dann der Reichskanzler auch erklärt, die Rotverordnungen sei nicht aufzuheben, die Regierung nicht gestürzt?

Der Reichskanzler erklärt, er könne diese Frage nicht beantworten.

Es folat die Vernehmung des Reichsinnenministers Freiherrn von Gual.

Von Gual: Meine persönlichen Wahrnehmungen gingen dahin, daß in dem Augenblick, wo leitens des Reichstagspräsidenten die Worte fielen: „Wir kommen nun zur Abstimmung“, der Reichskanzler sich erhob und sich zum Wort meldete. Als daraufhin der Präsident sich nach links drehte und von der Wortmeldung ankündigend keine Notiz nahm, sah ich, daß der Staatssekretär Brand sich erhob und in der Richtung zum Präsidenten etwas sagte. Dann meldete sich der Reichskanzler sofort noch einmal zum Wort und sagte dabei, soweit ich es von meinem Platte hören konnte, dem Sinne nach: „Ich bitte ums Wort.“ Als dem Reichskanzler daraufhin das Wort nicht erteilt wurde, entfernte er sich zwei Schritte von seinem Platte und nahm das Blatt aus der Tasche. Auf meine Frage: „Wollen Sie sich nochmals zum Wort melden?“ lautete er: „Sie sehen, das geht nicht, ich bekomme das Wort nicht.“ Dann leste er das Blatt dem Präsidenten hin.

Die Feststellung des Untersuchungsausschusses

In nichtöffentlicher Sitzung trat der Untersuchungsausschuß nach in die Beweiswürdigung in der Frage der Reichswehr. In der Reichstagsabstimmung, die den Ausgangspunkt zwischen der Reichsregierung und dem Reichstag bildet, ein. Auch der Untersuchungsausschuß in seiner Eigenschaft als Untersuchungsausschuß hat einen neuen Beschluß nicht gefaßt. Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei wurde ein nationalsozialistischer Feststellungsantrag angenommen, der besagt, daß der Reichskanzler sich erst zum Wort gemeldet hat, nachdem die Abstimmung vom Reichstagspräsidenten bereits eröffnet worden war. Das Verhalten des Reichstagspräsidenten habe sowohl der Reichsverfassung wie der Geschäftsordnung des Reichstages entgegen. Aus den

Ausführungen des Kanzlers als Zeuge ergab sich für den Ausschuß die Feststellung, daß die Reichsregierung unter allen Umständen entschlossen war, den Reichstag nach der Abstimmung über die Rotverordnungen und Misstrauensanträge aufzulösen.

Der gleiche Richtung wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen. Schließlich wurde ein sozialdemokratischer Antrag gebilligt, wonach der Ausschuß an der Auflösung des Reichstages, daß die Auflösung des Reichstages dem Sinn und Geist der Reichsverfassung widerspricht. — Weiter wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der kommunistischen Aufhebung der Rotverordnungen über Sonberrechte und der bisher verhängten Urteile beschlossen, mit den gleichen Stimmen und denen der Sozialdemokraten auch die Aufhebung der Rotverordnungen zur Behebung der Wirtschaft. Die auf Grund der Verordnung bereits getroffenen Maßnahmen sollen zurückgenommen werden. Ebenso wurde beschlossen, daß die Reichsregierung unverzüglich vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen habe. Ein Termin für eine neue Ausschusssitzung wurde nicht festgesetzt.

Ein Selbstmord-Reichstag?

Eine sehr merkwürdige, man könnte fast laien beunruhigende Rolle für den kommenden Wahlkampf hat die schwerindustrielle Deutsche Allgemeine Zeitung entdeckt. Sie erklärt es für beargwöhnlich, wenn in manchen Kreisen eine gewisse Wahlmüdigkeit herrschend sei, glaubt, diese Stimmung mit dem folgenden Sinneswortschlag zu können: „Wenn man von allen parteipolitischen Schlägen absteht... dann steht das deutsche Volk vor der verdammt großen Aufgabe, einen Reichstag von der Art zu wählen, der im Nationalrat auch weiterhin ein Regiment gegen den Reichstag ermächtigt.“ Mit anderen Worten: Das deutsche Volk soll eine Vertagung wählen, die entschlossen ist, ihre Austragung und mit ihnen die Verfassung zu verzerren, und zugunsten der Regierung auf die Geltendmachung ihrer Rechte zu verzichten.

Das könnte dem Schwerindustriellen Organ und den Herrn von Papen so passen. Aber die Aufgabe, die hier dem Wähler gestellt wird, ist in der Tat recht „verwundlich“. Welcher Partei gibt man eigentlich die Stimme, wenn man das hier aufgeschriebene Ziel erreichen will? Da es mit der Präsidialpartei einstimmen nicht geht, wendet sich, gibt es keine Gruppe — nicht einmal die des Herrn von Papen —, die sich zu der Wahl bereit erklärt, das Parlament so beschaffen zu lassen, wie es die Gelegenheit zum Selbstmord erhalte.

Aber trotzdem ist die Aufforderung nicht ganz so spasshaft, wie es sich im ersten Augenblick anhört. Der neue Reichstag kann den Gefahren, die ihm drohen, nur begegnen, wenn er sich ehrlich auf den Boden der Demokratie stellt und von ihm aus entschlossen jeden Angriff gegen die Rechte des Volkes abwehrt. Sollen jedoch in ihm die Parteien eine Mehrheit, die die Diktatur des Herrschers nur bekämpfen, weil sie nicht ihre eigene Diktatur — wenn sie sich in das Mantelchen der Demokratie und des Parlamentarismus nur hüllen, um in dieser Verkleidung die Wähler über ihre eigentümlichen verfassungsmäßigsten Absichten irreführen zu können, ist das ein Beweis dafür, daß das deutsche Volk die Antragskommission dem deutschen allgemeinen Regierungsorgan gibt, verstanden und befolgt hat.

Die Schädigung des Exports

Köln, 27. Sept. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung v. Papen zeigen bereits ihre wirtschaftsfeindlichen Auswirkungen. Eine Kölner Firma, die hochwertige Textilzeugnisse ausführt, schreibt der Kölnischen Zeitung:

„Unser Profiteur ist augenblicklich in Norwegen und hat in den ersten Tagen sehr gut verkaufen können. Er telefoniert uns jedoch aus Oslo, daß von dem Augenblick an, an welchem am 21. dieses Monats die Maßnahmen der deutschen Regierung betreffs des Heringsolles bekannt wurden, er von keinem Kunden mehr empfangen wurde, und die Kunden, die bestellt hatten, ihn kommen lassen, um die Aufträge möglichst zu annullieren. Es ist unerträglich, wie durch die einseitige Veranlassung gewisser Interessenten unsere deutsche Ausfuhr von Textilwaren, die mühsam genug und unter Anwendung größter Kellamethoden wieder hat aufgedaut werden können, dauernd gestört wird, und es ist ein vollkommener Mißbrauch, wenn eine Regierung gleichzeitig die Wirtschaft heben will und auf der anderen Seite alles tut, um sie zu zerstören.“

Die Harzburger

CHB, Breslau, 27. Sept. In einer denationalen Verammlung, in der Reichstagspräsident Graf über die Reichsverfassung sprechen wollte, kam es zu förmlichen Szenen. Der Reichstagspräsident erklärte, daß eine große Zahl von politischen Gegnern eingeladen. Die zahlreich anwesenden Nationalsozialisten überließen den Redner immer wieder durch Zurufe und Schreie die Harzburger, worauf die Rabelle und die Parteiführer wiederum mit Schiel und Abhängen des Deutschlandsliebendes antworteten. Die Polizei griff immer wieder ein und entfernte die Zuschauer aus dem Saal.

Zu den Zwischenfällen in einer denationalen Verammlung wird noch berichtet, daß die Zulassungen auf der Harzburger Straße in der Nähe des Konserthauses die gegen die Harzburger dauerten. Insgesamt wurden sieben Personen teils leicht, teils schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert.

Freistaat Baden

Ein leichtgläubiger Staatsmann

Herr Staatspräsident Dr. Schmitt läßt durch die amtliche Karlsruher Zeitung erklären, es sei nicht der Fall, daß er umgelernt habe, vielmehr habe der Nationalsozialismus umgelernt. Es sei der früher wirklich gegebene Nachweis, „daß der Nationalsozialismus mit Gewalt die Verfassung zu ändern bestrebt sei, heute infolge einer Umstellung des Nationalsozialismus nicht mehr zu erbringen“. Man könne den Nationalsozialismus „als Ganzes, als Partei“ nicht mehr als verfassungswidrig bezeichnen. Der Herr Staatspräsident stützt sich dabei auf die Herren Fried und Straßer, die auf die Frage von Zentrumsleuten, ob die Nationalsozialisten die ehrliche Absicht hätten, den Reichstag als verfassungsmäßiges Instrument zu betrachten, mit einem klaren Ja geantwortet hätten. Und besonders stützt sich der Herr Staatspräsident auf die Erklärung des Reichstagspräsidenten Goebbels. Und darum läßt Herr Staatspräsident am Schluß der Verlautbarung im Regierungsblatt erklären:

„Umgeleert hat also nicht der badische Staatspräsident, sondern der Nationalsozialismus. Der badische Staatspräsident hält vielmehr für die frühere Zeit seine frühere Auffassung nach jeder Richtung voll aufrecht.“

Wenn die Presse fragt, ob das Badische Staatsministerium den früheren Beamtenerlass mit Rücksicht auf die Umstellung des Nationalsozialismus durch einen neuen ersetzt habe, so ist dies zu bejahen.

Nicht vorgegriffen werden soll und kann der Frage, ob auch jeder einzelne Angehörige des Nationalsozialismus auf dem Boden der Verfassung steht, oder ob ein Rückfall des Nationalsozialismus oder einzelner Absplitterungen in seine frühere Auffassung denkbar ist.“

Glaubt nun der Herr Staatspräsident Dr. Schmitt wirklich, daß eine Partei, die seit mehr als zehn Jahren systematisch in Wort und Schrift den Bestand des heutigen Staates verneint und die gewalttätige Verwirklichung der jetzigen Staatsform in der kruppelsten Weise propagiert hat, innerhalb von fünf Monaten sich so wandeln könnte, wie in ganz unverständlich ungläubiger Weise der Herr Staatspräsident Dr. Schmitt anzunehmen scheint? Gewiß, die Auffassungen von Menschen und Parteien können sich wandeln, auch in grundsätzlicher Beziehung. Das kann und trifft aber für die Nationalsozialisten in keiner Weise zu. Ihre von Herrn Staatspräsidenten angenommene „Wandlung“ ist ein durchsichtiges Manöver, weil sowohl am 31. Juli wie dann auch am 13. August (Hitlers Unterredung beim Reichspräsidenten) alle Erwartungen der Nationalsozialisten auf sofortige Machtübergreifung als grundsätzliche und schwerste Enttäuschung haben. Die von Herrn Staatspräsidenten angenommene „Wandlung“ der Nationalsozialisten datiert somit, genau genommen, erst seit dem 13. August, also seit ungefähr fünf Wochen.

Im übrigen: Dem Herrn Staatspräsident muß bekannt sein, daß der Wortbruch von den Nationalsozialisten systematisch gefördert und propagiert wird. Gerade die Herren Straßer und Fried haben sich wiederholt und in voller Klarheit dazu bekannt, daß der Wortbruch gegenüber den politischen Gegnern und dem heutigen System erlaubt sei. Nicht die Nationalsozialisten haben umgelernt, umgelernt haben die Zentrumsführer, die heute den neuesten Verfassungen der Nationalsozialisten Glauben schenken wollen. Die Beweisführung des Herrn Staatspräsidenten für die Illegalität der Nationalsozialisten am 27. April im Landtage war logisch und schlüssig, die Beweisführung in der gefälschten Ausgabe des Staatsanzeigers ist beinahe erschreckend schwach. Nicht nur das, sie ist angesichts der Tatsachen geradezu unmöglich. G. Sch.

Zentrum und Nazi

Und der „einfache Mann aus dem Volke“

Am vergangenen Sonntag sprach der badische Staatspräsident in Mosbach, also in einer Zentrumsdomäne. Er sprach auch über das rechtliche Zentrum-Nazi. Und darüber berichtet der Bad. Beobachter:

„Überaus dankbar war man auch für die Aufklärung über die Verhandlungen, die zwischen Zentrum und Nationalsozialisten stattgefunden haben. Die Aufklärung war infolgedessen notwendig, als gewisse Außenleiter, die an sich der Zentrumsparterie nahe stehen, sich gegen die Taktik des Zentrums wenden, ohne die Gründe, die zu diesen Verhandlungen führten in ihrer wirklichen Bedeutung zu würdigen. Der einfache Mann aus dem Volke, der ein treuer Anhänger der Zentrumsparterie ist, ihr Programm studiert und ihre Vergangenheit kennt, weiß, daß es sich um eine rechtliche Sache handelt, nicht um einen Kuhhandel, sondern um den Kern, ja um den Kern der wesentlichen Volksrechte, wenn das Zentrum den Verzicht machte, machen mußte, die Nationalsozialisten zu veramtlichenden Arbeit im Parlament herauszuziehen in einer Arbeitsgemeinschaft, nicht — selbstverständlich — in einer „Vollkommengemeinschaft“.“

Wir glauben richtig unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß nicht nur „Außenleiter“, sondern auch alte und bewährte Zentrumsleute mit erheblichem Mißvergnügen die Verhandlungen mit den Nazis sehen. Was vielleicht am 6. November zum Ausdruck kommt.

Die Nazis wollen Hindenburg absetzen

In einer erweiterten Sitzung des Landesauschusses des Handels- und Industriebezirks der Badischen Zentrumsparterie sprach der Vorsitzende Dr. Sadelberger zunächst über die Vorgänge am Reichstag und die Verhandlungen mit der NSDAP. Entgegen

andere lautenden Meldungen betonte er, daß von einer grundsätzlichen Einigung über wirtschaftspolitische Fragen zwischen Zentrum und NSDAP noch gar keine Rede sein könne. Ob man überhaupt mit den Nationalsozialisten einig geworden wäre, wenn die Reichstagsauflösung nicht erfolgte, darüber lasse sich gar kein Urteil fällen, zumal in den letzten Tagen die NSDAP Bedingungen gestellt habe, die unter allen Umständen abgelehnt worden wären, so die Teilnahme des Zentrums an einem Volkstentative auf Auflösung des Reichspräsidenten.

In dem Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen sieht der Redner ein Not- oder Anrufungsprogramm, aber kein Wirtschaftsprogramm im eigentlichen Sinne, weil wesentliche Teile, die zu einer Gesundung der deutschen Wirtschaft notwendig seien, darin fehlten. Das Programm sei zu 50 Prozent auf wirtschaftliche Wirkluna aufgebaut, was an sich kein Nachteil sei.

Den sozialpolitischen Teil des Programmes der Reichsregierung lehnt Dr. Sadelberger entschieden ab, auch vom Standpunkte des Unternehmers aus. Wirtschaftlich seien die Bestimmungen über die Lohnführungen untragbar. Auch ist der Redner gegen die Kontingentierungsabsichten der Regierung. Er stimmte zum Schluß voll und ganz den Worten von Papens in seiner Rede in Münster bei: „Wenn das Unternehmertum jetzt versagt, dann ist es zu Ende mit der kapitalistischen Wirtschaft.“

Das Konkordat

In einer SPD-Verammlung in Konstanz äußerte sich Genosse Landtagsabg. Großhans über den Inhalt des Konkordatsentwurfs, der zur Zeit von der badischen Regierung beraten wird. Nach dem Sängener Volkswillen führte Großhans u. a. aus:

„Der Inhalt des Konkordats — besser: Staatsvertrag zwischen Baden und dem Vatikanstaat — geht vom Lünenwiler Frieden 1881 aus, wobei das gesamte linksrheinische deutsche Gebiet an Frankreich fiel, das Deutsche Reich jedoch entschädigt wurde durch Ländererwerb, das den Kirchenfürsten gehörte. Der Reichsdeputationshauptschluss von 1803 legte die Gebietsabtretungen gesetzlich fest. Mit den kirchlichen Ländern, Gütern usw. mußten aber auch die Lasten und Gebänge mit übernommen werden. Das badische Konkordat wird nichts anderes aufweisen, als was das Land schon seither an Verpflichtungen der katholischen Kirche gegenüber geleistet hat. Die badische Simultankonkordate bleibt so auf wie die Stellung der Lehrer und die Schulaufsicht selbst unangetastet. Kein Pfennig mehr ist vom Lande nach dem Abschluß des Konkordats für die Kirche auszubringen. Die Stellung von Staat und Kirche ist in den Artikeln 135, 137 und 173 der Reichsverfassung und §§ 18 und 19 der badischen Verfassung festgelegt. Auch das Konkordat ändert daran nichts. Die Sozialdemokratie stehe nach wie vor auf dem Boden der Trennung von Staat und Kirche. Es sei sozialdemokratischer Grundgedanke, daß die Kirchen ihre Angelegenheiten selbst und unabhängig vom Staate regeln. Wenn das Konkordat ebenfalls abgelehnt werden würde, könnte nicht gesagt werden. Es sei aber in dem badischen Konkordat nichts enthalten, was vom kulturellen und politischen Standpunkt aus der Sozialdemokratie nicht gebilligt werden könne. Alle die Behauptungen, die da und dort über den Inhalt des Konkordats aus Unkenntnis oder Mißverständnis aufgestellt worden seien, entsprächen keinesfalls den tatsächlichen Tatsachen.“

Pfändung von Vieh bei Landwirten

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: In der Folge 225 des Führer vom 16. September cr. wird gegen die badische Justiz unter Mitteilung einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Celle, wonach die Fabrikpfändung von Vieh bei Landwirten unzulässig sei, der Vorwurf erhoben, daß in Baden anderes Recht gelte und auf die Notlage der Landwirtschaft nicht genügend Rücksicht genommen werde. Dieser Vorwurf ist un begründet. Richtig ist zwar, daß Vieh, soweit es Zubehör eines Landgutes ist, der Zwangsversteigerung in das Landgut, nicht aber der Fabrikpfändung durch den Gerichtsvollzieher unterliegt. (Zivilprozeßordnung § 865.) Vieh ist aber nach der ausdrücklichen Bestimmung in § 97 des Bürgerlichen Gesetzbuches nur dann Zubehör eines Landgutes, wenn es im Verkehr als Zubehör angesehen wird. Die Verkehrsauffassung ist aber in den verschiedenen Teilen des Reiches, in laar des Landes verschieden. Es ist deshalb sehr wohl möglich, daß die Gerichte, je nachdem sie eine entsprechende Verkehrsauffassung feststellen, zu entgegengesetzten Ergebnissen über die Zulässigkeit der Pfändung von Vieh durch die Gerichtsvollzieher kommen müßten. Da es sich um Reichsrecht handelt, kann die badische Gesetzgebung nicht eingreifen.

Hitlers zerschlagener „Führer“-Gedanke

Nazi-Anleihen bei den Margiften

Die Nationalsozialisten sind durch die Papenregierung in eine schwere Klemme gekommen. Jahrlang haben sie den „Führer“-Gedanken propagiert, auf Volk und Parlament geschimpft, den Massenwillen als etwas verächtliches hingestellt und dafür die Bedeutung der „Rasse“ in den Himmel gehoben. Nachdem so durch die unermüdliche Hege der Nationalsozialisten, weite unpolitische Volkskreise alles Gefühl für das, was in der Politik richtig und falsch ist, verloren hatten, haben die preußischen Junker, die ja auch ohne Hitler von jeher auf den Volkswillen gepiffen haben, die Konsequenzen aus dieser Rassenverherrlichung gezogen und sich auf dem Rücken Hitlers in den Sattel zur Regierung über Deutschland geschwungen. Der nationalsozialistische Gelehrte Darrés schrieb: „Der Adel ist der naturgegebene Spender deutschen Führertums“. In Konsequenz dieser Auffassung halten sich Herr von Papen und seine

Freunde für die bessere „Rasse“ und haben vorläufig wieder die Herrschaft über Deutschland angetreten. Es ist schon, wie dieser Tage der ehemalige Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe meinte, „im Wettstreit zwischen Haas und Swinigel ist Hitler zweiter geblieben und Schleicher schneller geschlichen.“ Das Ergebnis ist, daß nunmehr Hitler und seine sitzengeliebene nationale Sammlung aller Postenjäger ein herzmörderisches Geschrei anstellen.

In einer im nationalsozialistischen Führer mitgeteilten Unterredung Hitlers mit englischen Pressevertretern (charakteristischerweise also ausgerechnet dem Jonk von den Nationalsozialisten so sehr verlästerten Ausland gegenüber) vergrößert der Herr des Braunen Hauses blutrote Tränen über den Untand des Herrenklubs, dem er doch so gute Dienste geleistet hat. Mit einem Schlag hat Hitler all die „Führer“-Gedanken vergessen, die er jahrelang in die Versammlungen hinausposaunt hat, um auf einmal zum „blutroten“ Demokraten mit marxistischem Einschlag zu werden, weil seine Postenjägerpartei nicht auf ihre Rechnung gekommen ist. Hitler, der früher so sehr auf den „Volkswillen“ schimpfte und dafür den „Führerwillen“ propagiert hat; Hitler, der sonst so sehr die demokratischen Ideen der Westmächte und die Ideen der französischen Revolution verlästert hatte, da für ihn ja nur der „Führer“-Gedanke gegolten hat, wirft auf einmal sein ganzes früheres Agitationsmaterial auf den Schutthaufen — und mit einer Anleihe bei den Margiften und Demokraten erklärt er dem Vertreter der englischen Daily Mail:

„Die Regierung Papen habe auf Sand gebaut, nicht aber auf den Boden des Volkswillens; Deutschland sei eine Autokratie geworden, die mit dem zaristischen Vorkriegsrußland zu vergleichen sei. Keine deutsche Regierung könne jedoch ihre Macht auf die Dauer gegen den Volkswillen behaupten. Nach den vor der französischen Revolution gelehnten Grundideen reagieren wollen, bedeute, daß der Wille des Volkes als nicht mehr vorhanden betrachtet werde. Er sei sich dessen gewiß, wenn die an der Macht befindlichen verständen, das Volk so zu regieren, wie es vor der französischen Revolution reagiert worden sei, dann würden sie eine Revolution herbeiführen, die möglicherweise noch bestialischer sein werde, als die französische Revolution es gewesen sei.“

Welch eine Wendung durch Papens Fügung! Bis dato hörte man aus dem Munde Hitlers und seinen Herren vom Braunen Hause nur Schimpfworte auf die französische Revolution und auf den aus ihr hervorgegangenen demokratischen Gedanken, der die Massen statt der „Führer“ in den Staaten zur Herrschaft gebracht habe. Ja, ausgerechnet Hitler war es ja, der ausgezogen war, den Gedanken der Demokratie zu erschlagen, um an seiner Stelle den „Führer“-Gedanken zum Siege zu bringen. Der Führer, die bessere „Rasse“ sollte ja nach Hitler herrschen und jetzt auf einmal, weil eine sich anscheinend noch für bessere Rasse als Herr Hitler haltende Herrenschicht die Konsequenzen aus diesen demagogischen Lehren Hitlers gezogen hat — macht Hitler Anleihen bei den Margiften und Demokraten, deren Auffassung er bisher verhöhnt und beschimpft hat.

Zu spät Herr Hitler, zu spät ihr Nationalsozialisten. Wer hat denn durch das Geschimpfe auf Volksovertretung und Volkswillen das Ansehen der aus dem Volke hervorgegangenen politischen Persönlichkeiten so herabgesetzt? Wer hat denn den Gedanken der Volksovertretungen so untermüht, daß es den Junkern ein Leichtes war, sich in den Sattel zu setzen? Wer hat denn den seinen Herren den Weg gebahnt? Wer sagte die Masse will nichts als Brot und Spiele und hat kein Verständnis für Ideale? Wer forderte die Herrenschicht auf, auf Grund einer besseren Rasse gegenüber einem angeblichen „Untermenschentum“ rückwärtslos und brutal zu herrschen? Herr Hitler war es, der gleiche Herr Hitler, der jetzt auf einmal nach dem ihm und seiner Postenjägerpartei die Felle davongeschwommen sind, eine andere Sprache reden möchte.

Herr Hitler, die Nationalsozialistische Partei und die nationalsozialistische Presse kommen daher zu spät, wenn sie jetzt auf einmal „demokratische Anleihen“ bei den Margiften machen, nachdem sie bisher Marxismus und Demokratie in Grund und Boden verdammt haben. Man kann eben nicht gleichzeitig eine „Führer“-Vergottung treiben und dann, wenn eine geschickte Herrenpartei die Konsequenzen daraus gezogen hat, plötzlich andere Signale geben. Herr Hitler und seine Parteigenossen sind eben hineingefallen — wenn auch leider das deutsche Volk die Kosten für all die schwere Hege der letzten Jahre und für die Tatsache, daß auf den Rücken der Hitlerpartei die Junker sich der Herrschaft bemächtigt haben, zu zahlen hat.

Wer will, daß wirklich der Volkswille in Deutschland wieder zur Herrschaft kommt, wer will, daß keine Rückkehr politischer Zustände hinter die Zeit der französischen Revolution in Deutschland eintrete, der muß sowohl Hitler und seiner Partei wie den auf den Rücken Hitlers zur Regierung gelangten Herrschaft der Barone und deren Parteien die verdiente Abgabe geben. Die Nazi haben ja selbst oft genug es der Sozialdemokratie zum Vorwurf gemacht, daß sie den Volkswillen und die freiheitlichen Ideen der französischen Revolution mit zu ihren Grundgedanken machen. Nach dem jetzt die Nationalsozialisten unter dem Zwang der Umstände erkennen müssen, wie recht die Sozialdemokratie mit ihrer Ideenwelt im Gegensatz zu den bisher von den Nationalsozialisten vortragenen Gedanken haben, müssen die von den Nationalsozialisten verführten Massen jetzt einsehen, wie richtig die Sozialdemokratie die Zeit her mit ihren Grundanschauungen hatte und auch dringenden notwendig es ist, die volksgefährlichen nationalsozialistischen Irrlehren zu beseitigen. Das Volk ist immer verraten, wenn es eine einseitige „Führer“-Vergottung treibt, mag nun solch ein „Führer“ aus der Tschekoslowakei in Deutschland eingewandert sein oder mögen diese Führer dem ostelbischen Paradies der preußischen Junker entstammen. Die Rechte des Volkes werden immer nur dann in guten Händen sein, wenn der Volkswille aufgebaut wird auf der Partei des arbeitenden Volkes, wie es bei der Sozialdemokratie der Fall ist.



Wenn Sie OSRAM-LAMPEN kaufen, erhalten Sie den vollen Gegenwert für Ihr Geld. An Licht sparen ist falsch, denn elektrisches Licht ist billig.

OSRAM

40 und 60 Watt sind die begehrten OSRAM-Typen.

Gewerkschaftliches

Achtung Gewerkschaftler! Spitzelarbeit der NSD-Maulhelden

Selt länger Zeit schon haben sich die Nazis die Methoden ihrer Brüder von rechts, ihrer Verbündeten vom preukischen Volksentscheid, der Nazis und Stahlhelmer, angeeignet und glauben in persönlichen Verdächtigungen und Verunglimpfungen diese sogar noch übertreffen zu müssen. Erbärmlich, nennt der ehrliche Mensch diese Art des Kampfes und mit Ekel wendet er sich von diesem Gefindel. Nur bei Elementen, die den Haß Andersdenkenden gegenüber ins Endlose steigern, ist es möglich, daß sie, Strauchdieben ähnlich, aus dem Hinterhalt ihre Geener überfallen. Feig, dumm und frech, das sind die Merkmale, an denen man diese Gezellen erkennt. Gegen die Gewerkschaften und ihre Führer richten diese traurigen Helben in erster Linie ihre Giftspitze. Nicht verschont bleiben Betriebsräte und alle Funktionäre, die als Gewerkschaftler im Interesse der Arbeiterkassen sich betätigen. Aber nicht öffentlich, unter Namensnennung des Verfassers, greifen die Demagogen an, sondern anonym, in Subelbästchen, die bei Nacht und Nebel verteilt werden, verleumden sie die Funktionäre der Gewerkschaften und leisten damit gewollt Handlangerdienste für das Unternehmertum. Wenn heute die Papenregierung der Arbeiterkassen und den Angestellten geradezu unerträgliche Lasten aufbürdet, so tragen die Hauptschuld die Kommunisten, die die Arbeiterkassen gespalten und in ihrem Haß gegen die SPD und die Gewerkschaften sich offen und geheim mit den Nazis verbinden.

Seht nur nach Preußen, wo Nazis und Nazis gemeinsam bei allen Abstimmungen miteinander marschieren. Die Nazis hätten niemals ihre heutige Stärke erreicht, sie wären niemals so frech aufgetreten, wenn nicht die Kommunisten neben ihrer schändlichen Kampfweise gegen SPD und Gewerkschaften das Stimmvieh an die Nazis abgegeben hätten. Die meisten Nazis aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen waren früher tätige Kommunisten, wie in unzähligen Gerichtsverhandlungen bewiesen ist. Die Handlangerdienste, die die Nazis ständig den Unternehmern leisten, werden von diesen geradezu bejubelt. Erst nur einmal die Beramerkszeitung oder die Arbeiterzeitung über die Hugenbergsadresse, und ihr werdet entsetzt sein über die Urteile dieser Schammascherblätter gegenüber den Kommunisten.

„Die Kommunisten brauchen wir, denn sie sind der Pfahl im Fleisch der Gewerkschaften, deshalb haben wir keine Ursache, sie zu bekämpfen.“

Diese Worte könnt ihr immer wieder lesen in allen Tonarten, sowohl in der Rheinisch-Westfälischen Bergwerkszeitung wie auch im Hugenbergschen Tag.

Brauchen wir diesem geradezu vernichtenden Urteil der Schlot- und Krautbarone noch etwas hinzuzufügen? Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte! Denkt darüber nach und ihr werdet diesen Verrätern an der Arbeiterklasse die Antwort geben, die ihnen gebührt. Wenn nun in den letzten Wochen die Subelbästchen der SPD wieder in verstärkter Maße verteilt werden, so beweist das am besten, daß in ihren Reihen es stinkt. Lebt nur bitte die Artikelserie im Volksfreund Nr. 221 und Nr. 222 vom 23. und 24. September ds. Js. und ihr habt die Erklärung.

Die Korruption in der kommunistischen Partei kann nur noch von den Nazis erreicht werden, aber ehrliche Arbeiter wenden sich mit Ekel von dieser Gesellschaft weg.

Kollektiven und Kollekt! Wenn diese Gesellschaft in heuchlerischer Weise euch naht, oder aber die gemeinlichen Redensarten über die Gewerkschaften und ihre Führer auch gegenüber ausstößt, sagt ihnen frei und frank ins Gesicht: Mit Verrätern an der Arbeiterklasse habt ihr nichts gemein. Sie mögen sich an ihre Bundesbrüder, die Nazis wenden, denn „Gleich und Gleich gesellt sich gern.“

Ein alter Gewerkschaftler und Funktionär.

Erklärung!

In einer Sudelsschrift, von der Arbeiterkassen „Mistfabrik“ genannt, schreibt ein Lügner, der aber zu feige ist, seinen Namen zu nennen, daß der DMB-Karlsruhe dem Kantinier M. K. in G. 2500 Mark als Darlehen gegeben habe.

Diese Behauptung ist von A bis Z erlogen. Der DMB kann und darf nach seinen Statuten Darlehen nicht geben. Damit sind die nur zu sehr bekannten F. und G. wieder mal als Lügner entlarvt.

Wahr ist aber, daß ein Mitglied der DB, auf Ansuchen von A. sich mit einem andern Institut in Verbindung setzte, welches A. ein Darlehen gewährte, das jedoch schon längst wieder zurückbezahlt ist. Der Sträubler schreibt ferner, daß im Jahresbericht von 1931 unter Darlehen der Betrag von 4502 Mark aufgeführt ist. Sowohl, und unsere Mitglieder sind genau unterrichtet über dieses Darlehen, das der Hausgesellschaft m. H. S., also der Verwaltung für unsere eigenen Häuser gegeben wurde.

Dann wird in heuchlerischer Manier geschrieben, daß den armen Erwerbslosen ganze 2 Mark Weihnachtunterstützung bezahlt worden sei.

Dies ist wieder ein Lüge der notorischen Verleumder F. und G. in D. und K.

Wahr ist, daß Unterstühtungen von 2 bis 5 Mark bezahlt wurden; im ganzen aber an Weihnachten 3650 Mark als Weihnachtsgaben bezahlt wurden, mehr als die Gesamt-Jahreserinnahmen der NSD. in ganz Baden betragen.

Für Streiks und Lohnbewegungen seien 438.65 Mark im Jahre 31 ausgegeben worden. So viel Worte, so viel Lügen. Wahr ist, daß diese Summe aus der Potalkasse als Zusatz-Unterstützung bezahlt wurde, während für Streik-Unterstützung in unserer Kernwerkstatt 1931 der Betrag von 9711 Mark ausgegeben wurde.

Mehr zu den Heuchlerungen in der „Mistfabrik“ zu sagen, widerstrebt uns, wenn wir sich unter die Kleie mischt, den freissen die Schweine.“

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Streik im Scherlverlag

OMB. Berlin, 28. Sept. (Eigene Meldung.) Wegen Lohnstreitigkeiten ist heute nacht um 1 Uhr die gesamte Belegschaft des Scherlverlags — etwa 3000 Mann — in den Streik getreten.

Gegen die Lohnquetscherei

Protest der Gewerkschaften gegen den Reichsarbeitsminister

Aus dem Bundesbüro des ADGB wird uns zur Frage der Lohnkürzungen geschrieben:

„Der Reichsarbeitsminister hat am 24. September in einem Interview Stellung zu den sich aus der Durchführung der letzten Notverordnung ergebenden Streitfragen genommen. Er vertritt die Auffassung, daß ein Streik der Belegschaften gegen die Durchführung der Lohnkürzungen mit der Friedenspflicht der Tarifträger kollidiere.“

Wir haben in aller Öffentlichkeit dargelegt, inwieweit u. E. eine völlig klare Rechtslage in diesen Fällen hinsichtlich der Friedenspflicht besteht, so daß Abwehrbewegungen sehr wohl im Rahmen der zur Zeit geltenden Gesetze auch die Unterfütterung der Gewerkschaften finden könnten. Diese unsere Auffassung wird durch den zahllosen namhaften deutschen Arbeitsrechtler. Wenn der Herr Reichsarbeitsminister eine andere Auffassung vertritt, so steht seine Rechtsauffassung gegen die Auffassung, über die zu entscheiden Aufgabe der Arbeitsgerichte ist. Inwieweit gibt uns das Interview seine Verantwortung zur Stellungnahme.

Anders jedoch, wenn der Herr Reichsarbeitsminister versucht, die Arbeitslosen gegen die in Arbeit Stehenden auszuspielen. Er sagt, daß er grundsätzlich nicht geneigt sei, zu glauben, daß eine größere Zahl von Arbeitern, die noch einen Arbeitsplatz haben, wegen einer geringen Lohnkürzung den „Arbeitslosen, die mit ihren Frauen und Kindern lange genug geduldet haben, das Recht auf Arbeit und den Eintritt in das Arbeitsverhältnis verweigern wollen.“

Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Unterstellung wenden. Die deutschen Arbeiter haben seit langem gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit, Erwerbslose wieder in die Betriebe zu ziehen, von der deutschen Regierung die generelle und weitestgehende Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Sie fordern die allgemeine Vierstundentage. Angesichts der in der Regierung und bei den Arbeitgebern obwaltenden Bestrebungen, das deutsche Lohnniveau zu senken, waren sie sich im Klaren, daß die von ihnen geforderte Arbeitszeitverkürzung nicht kompensiert werden würde durch einen Lohnausgleich.

Wenn sie trotzdem immer und immer wieder und leider vergeblich von der Regierung energische Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit verlangten, so boten sie damit dem gesamten deutschen Volk das Beispiel einer großherzigen Klassenpolitik, einer Solidarität der in Arbeit Stehenden mit ihren arbeitslosen Genossen, wie sie noch zu keiner Zeit irgend eine Klasse in Deutschland geboten hat. Wozu sollen sich die Arbeiter wenden, ist, daß nunmehr durch die Notverordnung die mit einem erheblichen Lohnausfall verbundene Verkürzung der Arbeitszeit zu gleicher Zeit noch zu einer Senkung des Tariflohns führen soll.

Ihr Arbeitseinkommen soll von zwei Seiten her beschränkt werden. Die Arbeiter müssen überdies, daß diese durch Notverordnung ausgesprochenen Lohnkürzungen zu einem weiteren Verfall an Kaufkraft und damit zu einer Gefährdung jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung führen muß, umso mehr, als dieser Lohnabbau sich keineswegs auf die Betriebe beschränkt, die durch Notverordnung ein Recht auf Lohnabbau herleiten zu können glauben. Die Arbeiter müssen weiter, daß die Durchführung dieses Teils der Notverordnung den Tarifvertrag aufs höchste gefährdet, weil er künftig seine Funktion, einseitig und klar den Lohn festzusetzen, nicht mehr erfüllt. Es handelt sich also nicht mehr darum, daß die zur Zeit beschäftigten Arbeiter den Arbeitslosen den Arbeitsplatz verweigern „wegen einer geringen Lohnkürzung“. Wären alle Beschäftigten bereit zu den Opfern bereit gewesen, die die arbeitende Bevölkerung im Interesse der Gesamtheit bereits gebracht hat, es stände besser am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft. Wenn sie Lohnkürzungen ab-

lehnt, so deshalb, weil sie für sich und damit auch für die Millionen der Arbeitslosen zugleich die Grundlagen ihrer Existenz und des deutschen Arbeiterrechts verteidigen.

Der Vorstand des ADGB hat sofort nach der Ankündigung der Notverordnung durch den Reichsstatler Stellung genommen. Er hat einmütig festgestellt, daß die Gewerkschaften die mit den Plänen der Reichsregierung verbundenen Absichten, den Tariflohn nach erfolgten Neueinstellungen zu senken, bekämpfen werden. In einer Entschliebung heißt es ausdrücklich:

„Ueberdies ist der Bundesvorstand der Ansicht, daß das von der Reichsregierung verfolgte Ziel, einen Anreiz zu Neueinstellungen von Arbeitskräften zu geben, auch erreicht werden würde, wenn es mit der im Plane der Reichsregierung vorgesehenen Zahlung der Prämie von 400 RM. für jeden neuangestellten Arbeiter sein Bewenden hätte. Im Rahmen des Gesamtplanes der Regierung kann auf die Verkürzung der Löhne verzichtet werden, ohne den von der Regierung erwarteten Effekt des Planes zu schmälern.“

Um jede Mißdeutung zu vermeiden, sei noch einmal ausdrücklich erklärt, daß sich die Abwehrbewegung nicht gegen den gesamten Plan richtet, sondern gegen den Teil, der unter Einbruch in den Tarifvertrag die Löhne senken will.

Unrichtig ist auch die Erklärung des Ministers, daß die gegen einen Lohnabbau gerichteten Bestrebungen der Gewerkschaften mit den von den deutschen Arbeitern in Genf erhobenen Forderungen „in unlösbarer Widerspruch“ stehen. Die deutschen Gewerkschaften sind zulasten mit den Gewerkschaften aller Länder einigetreten für eine möglichst schnelle internationale Durchführung der 40-Stundenwoche. Dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes lag das Verlangen der italienischen Regierung nach Einberufung einer diesbezüglichen Arbeitskonferenz vor. Der Vorstand des ADGB hat ausdrücklich von der Erwägung aus, daß zur Überwindung der Wirtschaftskrise nicht nur eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig ist, sondern daß auch ein Ausgleich der Löhne erfolgen muß, weil sonst die Kaufkraft der Massen zu sehr geschwächt werden würde. Die deutsche Regierung will durch ihre Notverordnung zu einer stärkeren Verkürzung der Arbeitszeit drängen. Zu gleicher Zeit will sie aber — und das ist das Entscheidende — diese Verkürzung der Arbeitszeit verbinden mit einer Senkung der Löhne. Die Abwehrbewegung der deutschen Arbeiter gefährdet daher nicht im mindesten die auf eine internationale Verständigung gerichteten Arbeiten in Genf. Was sie aus schwerer Gefahr retten könnte, ist jedoch das Beispiel der deutschen Regierung, das zur Arbeitsverkürzung den Lohnabbau plant.

Wir streiten nicht darum, in wie weit eine Abkehr vom Tarifvertrag die Stellung der deutschen Gewerkschaften“ erschüttert. Der Kollektiv-Arbeitsvertrag wird durch die Notverordnung nicht nur, daß er keine Funktion, Lohnhöhe festzusetzen, einbüßt, sondern weil die vollkommene Befreiung des Konkurrenzverhältnisses der Betriebe zueinander bei den Unternehmern die Tendenz auslösen wird, vom Tarifvertrag loszukommen und sei es durch Austritt aus den Arbeitgeberorganisationen, die Träger des Tarifvertrages sind.

Verbindliche Erklärungen sollen nicht mehr ausgesprochen werden, selbst in Fällen, wo es die soziale Lage einer ganzen Arbeitergruppe, im sozialen Interesse notwendig machen würde. Wie die allgemeine Verbindlichkeit zur Zeit gehandhabt wird, zeigt eine Entschliebung des Reichsarbeitsministers, die die allgemeine Verbindlichkeit eines Lohnniveaus in der Landwirtschaft abschafft, die Wochenlöhne von 10 Mark 20 Pfennig in der Spitze für einen männlichen Arbeitnehmer bei voller Kost und Wohnung bei den derzeitigen Wirtschaftsverhältnissen zu hoch erscheinen.

Gest an dieser Einstellung des Reichsarbeitsministers in vielen Fällen die tarifvertragliche Regelung zu Grunde, so werden damit keineswegs die Gewerkschaften „erschüttert“.

Achtung, Metallarbeiter!

Gegen die Lohndrückerei — Einmütige Kampfschlossenheit der mittelbadischen Metallarbeiter

Am Samstag, den 24. September, tagten die Funktionäre der mittelbadischen Metallindustrie, um Stellung zu nehmen gegen den neuerlichen Versuch eines Lohnabbaus auf Grund der neuesten Notverordnung der Papen-Kreuz-Notverordnung.

Nach einem kurzen Refrat des Kollegen Schulenburg, in welchem die Bestimmungen der Verordnung erläutert und gleichzeitig die Stellungnahme des Bundesauschusses des ADGB sowie des Vorstandes des DMB, bekannt gab, setzte eine lebhaft diskutierte ein. Alle Redner, ohne Ausnahme, stellten sich auf den Standpunkt, daß eine weitere Lohnkürzung der Metallarbeiterverordnungen untragbar wäre.

„Über den Kampf bis aufs Messer, als noch weitere Abzüge“, das war das Echo aller Diskussionsredner.

Hervorgehoben wurde auch, daß heute schon eine Anzahl von Firmeninhaber erklären, daß sie die Maßnahmen der Regierung als einen Fehlschlag bezeichnen und keinen Gebrauch von der Notverordnung machen werden. Allerdings sind auch wieder andere Direktoren vorhanden, die, trotzdem feststeht, daß gerade in ihren Betrieben die Löhne und Verdienste die schlechtesten in unserem Bezirk sind, erneut glauben, auf Grund des § 7 der Verordnung die erbärmlichen Löhne der Metallproleten noch weiter zu drücken.

Diesem zu zeigen, daß die Geduld der Arbeiterkassen am Ende ist, muß unsere Aufgabe sein. Das kam in der Diskussion unerschrocken und einmütig zum Ausdruck, und man merkte es allen Funktionären, ob alt oder jung an, daß der alte Kampfgeist noch ungebrochen ist, trotz der schlimmsten aller Krisen, die über die Arbeiterkassen hereingebrochen ist, und sie zum äußersten Widerstand bereit sind.

Streik im Eulengebirge

Die Streikbewegung in der Langenbilsauer Textilindustrie greift weiter um sich. In den Fabriken Kengersdorf, Wälfersdorf und Tannhausen haben am Montag die Belegschaften aus Protest gegen die Lohnabbauforderungen der Werkslei-

ter Folgende Entschliebung, die mit großer Begeisterung einstimmig angenommen wurde, kennzeichnet den festen Willen der Metallarbeiter und Arbeiterinnen Mittelbadens, sich gegen jeden Versuch weiterer Verschlechterung ihrer traurigen Lage zur Wehr zu setzen:

„Die am 24. September 1932 in Karlsruhe im „Vollständigen Funktionärenversammlung der in der mittelbadischen Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, nimmt nach einem Refrat des Koll. Schulenburg Kenntnis von den Auswirkungen der Notverordnung vom 5. September 1932, 14. September 1932 und den späteren Ausführungsbestimmungen.“

Die Funktionäre lehnen mit Entrüstung die durch diese Verordnung bedingte verschärfte Lohnkürzung ab und fordern alle in der mittelbadischen Metallindustrie Beschäftigten auf, sich mit allen Mitteln gegen einen weiteren Lohnabbau, gleich in welcher Form, zur Wehr zu setzen.

Die Funktionäre erwarten, daß in jedem Betrieb, in welchem der Unternehmer versucht, den Lohn irgendwie herabzusetzen, sofort die Organisationsleitung benachrichtigt wird. Letztere hat auf schnellstem Wege mit dem Betrieb Kontakt zu nehmen, um den stärksten Widerstand zu organisieren und gegebenenfalls den Streik als letztes Mittel in Anwendung zu bringen.

Gleichzeitig geloben die verammelten Funktionäre eine erhebliche Agitation zu entfalten, um die noch abseits stehenden Arbeiterinnen und Arbeiter für ihre Organisationsarbeit zu gewinnen. Diese allein sind die Voraussetzungen, um sich gegen jeden Versuch des Unternehmers, die trostlose Lage der Arbeiterkassen noch mehr zu verschärfen, mit Erfolg abwehren zu können.

tungen die Arbeit niedergelegt. Damit erhöht sich die Zahl der Streikenden um rund 1000 Mann. An eine Wiederannahme der Arbeit in den Fabriken des Meyer-Kaufmann-Konzerns, dessen Betriebe nach dem Niedergreifen des Streits auf die genannten Betriebe jetzt ausnahmslos stillliegen, ist angesichts des offenfundigen Tarifbruchs der Firma nicht zu denken.

Gewerkschaftsmitglieder! Abonniert u. unterstützt den Volksfreund!

Soziale Rundschau

Neueinstellung von Arbeitskräften

Von einem Arbeitsamt wird uns geschrieben:

Obgleich Näheres über die Durchführung einzelner Vorschriften der neuen Notverordnung seitens der amtlichen Stellen noch nicht erlangt ist, bereiten sich, wie aus verschiedenen Anfragen beim Arbeitsamt sich ergibt, eine Anzahl Betriebe bereits auf die Neueinstellung von Arbeitskräften vor. Wenn auch noch nicht feststeht, ob die Zuzugung der vermehrten Arbeitskräfte durch die Arbeitsämter vorgeschrieben wird, so empfiehlt es sich trotzdem, daß diejenigen Arbeitgeber, die neue Arbeitskräfte einzustellen beabsichtigen, sich mit dem zuständigen Arbeitsamt in Verbindung setzen und dort den etwaigen Bedarf an Arbeitskräften anmelden, damit erforderlichenfalls die Zuweisung sofort erfolgen kann. Die Regierung hat mit ihrer Notverordnung nicht zuletzt auch eine Entlastung der Unterfüllungseinrichtungen ermarktet. Es muß deshalb gerade die demnachst anstehende Gelegenheit zur Neueinstellung von Arbeitskräften dazu benützt werden, um diejenigen Arbeitslosen, die noch in öffentlicher Unterfüllung stehen, nach Möglichkeit wieder in den Arbeitsprozeß zu bringen. Die gegenwärtig noch bei den Arbeitsämtern vornehmlich Arbeitslosen sind im allgemeinen die bedürftigsten. Ihre Wiederbeschäftigung würde sich nicht zuletzt auch durch eine entsprechende Senkung der Unterfüllungslasten und damit eine Entlastung von Steuern und Sozialabgaben, die auch die Arbeitgeber in erheblichem Umfang auszubringen haben, auswirken. Selbstverständlich wird bei der Zuweisung auf die Bedürfnisse der Betriebe Rücksicht genommen; der Arbeitgeber soll nur geeignete Arbeitskräfte zugewiesen erhalten und kann seine Wünsche dem Arbeitsamt jeweils mitteilen. Auf jeden Fall sollte durch ein entsprechendes Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erreicht werden, daß in erster Linie diejenigen Arbeitslosen wieder in Arbeit gebracht werden, die nicht auf andere Weise imstande sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Es empfiehlt sich deshalb für die Arbeitgeber, sich rechtzeitig mit den Arbeitsämtern in Verbindung zu setzen.

Fälligkeit der Versicherungsleistung bei der Volksfürsorge

Nach den bei der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsvereine geltenden Bedingungen für die Volksversicherung (auch keine Lebensversicherung genannt) wird die volle Versicherungsleistung an dem im Versicherungsfall (Widow) dafür festgelegten Zeitpunkt fällig, wenn der Tod nach Ablauf des ersten Versicherungsjahres eintritt, gleichviel, wieviel Beiträge dazu geleistet worden sind.

Sticht der Versicherte im ersten Versicherungsjahr, so werden die eingezahlten Beiträge erkaufte. Ohne Rücksicht auf die Dauer des Bestehens der Versicherung wird die volle Versicherungssumme beim Ableben nach vollendetem 7. Lebensjahr gezahlt, wenn der Tod durch einen körperlichen Unfall der versicherten Person oder durch eine der folgenden akuten Infektionskrankheiten herbeigeführt wird: Typhus, Ruhr, Cholera, Diphtherie, Scharlach, Scharlach, Keuchhusten, Malaria, epidemische Genickstarre, Grippe. Beim Tod von Frauen wird die volle Versicherungssumme auch im ersten Versicherungsjahr gezahlt, wenn eine Entbindung die Todesursache war. Die Versicherungsleistung wird bei Unfalltod in doppelter Höhe (nach Maßgabe der Sonderbestimmungen) ausbezahlt, wenn er innerhalb 6 Monaten nach dem Unfallereignis eingetreten ist und die Monatsprämie mindestens 2 RM. betragen hat. Es ist immer wieder wichtig, auf diese sämtlichen Versicherungsbedingungen unserer Lebensversicherungsvereine hinzuweisen.

Gemeindepolitik

Badischer Städteverband

Der Vorstand des Badischen Städteverbandes hielt vor einigen Tagen im Karlsruhe auf Konstante eine Vorstandssitzung ab. Er beschäftigte sich dabei eingehend mit der sich immer schwieriger gestaltenden Finanzlage der Städte. Die kommunalen Finanzverhältnisse sind in den letzten Monaten durch das dauernde Ansteigen der Volkswirtschaftswirtschaften weiter gestiegen. In den größeren badischen Städten werden heute annähernd 60 v. H. aller unterhaltungsbedürftigen Erwerbslosen von den Gemeinden betreut, während nur noch etwa 13 v. H. von der Arbeitslosenversicherung erfaßt werden. Die reichlichen Unterhaltungsleistungen entfallen auf die Arbeitslosenversicherung. Eine wesentliche Erhöhung der Beteiligung des Reiches an den Sozialleistungen der Gemeinden ist daher unabwendbar. Sie ist umso mehr geboten, als das Reich die erforderlichen Mittel durch die Entlastung in der Arbeitslosenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung freibekommen hat. Vor allem muß aber auch der ungerechte Verteilungsschlüssel für die Reichssozialbeiträge, der die badischen Städte ganz besonders benachteiligt, umgehrt werden.

Die Erhebung der Bürgersteuer in den Monaten Oktober bis Dezember dieses Jahres soll den Gemeinden eine zusätzliche Einnahme für das Rechnungsjahr 1932 verschaffen. Durch die reichsrechtliche Neuregelung der Steuerbestimmungen, insbesondere durch die Beteiligung des Frauenvereins und infolge der Erhebung der Steuer im Kalenderjahr 1933 in 12 Monatsraten entsteht aber im Rechnungsjahre 1932 gegenüber der bisherigen Regelung tatsächlich ein Steueranfall von beinahe 40 v. H., der durch eine Erhöhung der Steuerlasten wieder ausgeglichen werden muß.

Im übrigen wird sich das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und die angeordnete Belebung des Arbeitsmarktes in den Gemeindefinanzen nur langsam auswirken. Die Gemeinden müssen den

Aus aller Welt

Geständnis eines vierfachen Giftmörders

Soyersmerda, 27. Sept. Der am 18. Sept. unter dringendem Verdacht des vierfachen Giftmordes verhaftete Schuhmacher Jank hat unter dem Druck des Beweismaterials eingestanden, seinen fünfjährigen Schwiegersohn, seinen Schwager, dessen Ehefrau und deren sechsjähriges Töchterchen durch Arsenit umgebracht zu haben. Im Verlauf der Ermittlungen haben sich auch Verdachtsmomente ergeben, daß Jank auch beim Tode seiner zweiten Ehefrau — er war dreimal verheiratet — seine Hand im Spiel gehabt habe. Das Gift stammt aus einem Einbruch in eine Glasbütte.

Selbstmord eines Wiener Großindustriellen

Wien, 27. Sept. Der Textilfabrikant Felix Pollat-Farnegg hat sich heute nachmittag im Krematorium erschossen.

Arbeitslosensturm auf ein Londoner Rathaus

London, 27. Sept. Demonstrierende Arbeitslose versuchten heute in das Rathaus von Westminster, einem belebten Vorort im Nordosten Londons, einzudringen. Die Polizei mußte mit dem Knüttel gegen die Demonstranten vorgehen, von denen dabei einige leicht verletzt wurden. Neun Personen wurden verhaftet.

Bestialische Araber-Hinrichtung

In Caen wurde am Dienstag früh ein Araber hingerichtet, der eine Frau auf bestialische Weise getötet und sie dann bestohlen hat. Als dem Verurteilten die bevorstehende Hinrichtung mitgeteilt wurde, erlitt er einen Wutanfall und weigerte sich, zum Schafot zu gehen. Daraufhin schleppten sechs Gefangenewärter den Bettler um sich schlagend und sich mehrenden Araber zur Richtstätte. Als das Fallbeil herabsank niederliefte stieß der Delinquent noch heftige Wähehre aus.

Amerika Sieger im Gordon-Bennett-Wettbewerb

Wales, 27. Sept. Nach einem um 13.40 Uhr eingegangenen Telegramm aus Washington ist der amerikanische Ballon „U.S. Navy“ um 10 Uhr vormittags bei Wilna gelandet. Die Besatzung (Leutnant Com. Settle und Pilot) befinden sich wohl. Der Ballon selbst soll leicht beschädigt sein. Es ist anzunehmen, daß „U.S. Navy“ eine etwas weitere Strecke als „Goodwin VIII“, der andere amerikanische Ballon, zurückgelegt hat und sich damit als erster platzieren dürfte. Damit geht der Gordon-Bennett-Wanderpreis endgültig in amerikanische Hände über.

Ueber acht Millionen Reichsmark Geldstrafen in einem Schmugglerprozess

Wien, 27. Sept. Einen Schmugglerprozess ganz ungewöhnlicher Art hatte die Wiener Strafkammer zu verhandeln. Angeklagt waren 20 Personen, von denen aber nur 15 erschienen waren. Die Angeklagten kamen aus Gelfenkirchen, Bier und Glabbe und wurden zu insgesamt 8,5 Millionen Reichsmark Geldstrafen und zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Monaten verurteilt.

Diebstahl von Kirchengut

St. Moritz, 27. Sept. Dieser Tage wurde in die katholische Kirche St. Moritz-Dorf eingebrachen. Der Täter stieg durch ein zum Teil

größten Wert darauf legen, daß bei den in Aussicht genommenen Arbeiten aus öffentlichen Mitteln die höchste Wirtschaft angemessen berücksichtigt wird und daß bei Neueinstellungen in erster Linie Arbeitslosen vorzuziehen sind. Der Vorstand beschäftigte sich des Weiteren mit einer Reihe sonstiger finanzieller, kommunalwirtschaftlicher und beamtenspezifischer Fragen.

Partei-Nachrichten

Komponist der Arbeiter-Internationale

Paris, 27. September. (Sig. Draht). Der Komponist der Internationale, Pierre Degeeter, ist am Montagabend im Alter von 84 Jahren in dem Pariser Vorort Denis gestorben. Degeeter war von Beruf Drechsler und stammte aus Lille. In seinen freien Stunden beschäftigte er sich viel mit Musik. Anfangs der neunziger Jahre brachte einer der Leiter der Arbeiterbewegung aus Paris einige revolutionäre Gedichte mit und hat Degeeter, eines von ihnen zu vertonen, damit es bei einem Arbeiterfest vorgetragen werden könne. Degeeter wählte das von seinem Pariser Berufsgenossen Petter verfasste Lied, das später den Namen „Internationale“ erhielt und heute von den Arbeitern der ganzen Welt gesungen wird. Degeeter, der um die Fröhen seines Berufs gebracht wurde, da man schließlich meinte, daß ein Kommunistischer Komponist über und über selbst kummerlich von Klößen seiner Parteigenossen. Die kommunalpolitische Stadtdirektion von St. Denis hat beschlossen, ihn auf Kosten der Gemeinde beizusetzen.

Kandidatenaufstellung

Der Bezirksparteitag der SPD. stellte am Sonntag folgende Kandidatenliste für den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben auf: 1. Dr. Soegner, München; 2. Felder, Augsburg; 3. Unterleitner, München; 4. Maas, Aachen; 5. Geiselhart, Osnabrück; 6. Forstner, Leoben; 7. Simon, Augsburg; 8. Simon, Augsburg.

eingeschlagenes und dann geöffnetes Fenster hinter dem Altar ein und entwendete sechs silberverarbeitete Kelche im Werte von 3000 Kr., die er vom festen Fuß loschraubte. Auch der Opferstock wurde zerbrochen. Wahrscheinlich zum Einbüßen der gestohlenen Gegenstände entwendete der Einbrecher ein rotes Ministrantenkleid.

Der Präsident des Kubanischen Senats durch ein Revolverattentat getötet

Basques Bella (Sanana), 27. Sept. Der Präsident des Kubanischen Senats und Chef der Nationalliberalen Partei wurde bei einem Revolverattentat schwer verletzt und starb bald nach seiner Einlieferung im Krankenhaus. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Das Erdbeben auf dem Balkan

Athen, 27. Sept. Nach amtlichen Meldungen aus Mazedonien ist das Dorf Stratonikon auf Chalkidica durch das Erdbeben zerstört worden. Es wurden 50 Tote und 100 Verletzte gezählt. Auch in dem benachbarten Dorf Jorissos sind zahlreiche Häuser eingestürzt und man rechnet mit etwa 100 Opfern.

Attentat auf den Sacco-Banzetti-Richter

Worcester (Massachusetts), 27. Sept. Die Wohnung des Richters Thayer, der, wie erinnerlich, im Sacco- und Banzetti-Fall eine Rolle gespielt hat, ist durch einen Bombenanschlag schwer beschädigt worden. Thayer blieb unverletzt, dagegen wurde seine Frau verwundet und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Sechs Todesopfer der Explosion auf der „Persee“

Paris, 27. Sept. Die Zahl der Toten bei der Explosion auf dem Unterseeboot „Persee“ hat sich auf sechs erhöht. Fünf Schwerverletzte sind in der Nacht gestorben.

Ebert-Gedenkstein

In der im Berliner Norden gelegenen Wohnsiedlung „Friedrich Ebert“ wurde in Anwesenheit der Witwe des verstorbenen ersten Reichspräsidenten ein Friedrich Ebert-Gedenkstein feierlich enthüllt. Theodor Heuss hielt die Gedenkrede.

Französische Firma deckt Verspionage auf

In der Verspionage-Affäre im Kabelewerk Oberersee der UG, wo der Betriebsingenieur Schröder und der Chemiker und Handelsvertreter Dr. Herx verhaftet wurden, werden jetzt interessante weitere Einzelheiten bekannt. Die Verhandlungen um den Kauf der gestohlenen Dokumente hatte Dr. Herx nicht, wie anfangs angenommen wurde, mit einer russischen, sondern mit einer französischen Firma geführt. Durch diese Firma selbst, die zwar zunächst die Verhandlungen mit Dr. Herx aufnahm, die aber bald erkannte, daß es sich hier nur um gekohlene Konstruktionszeichnungen handeln konnte, ist die Angelegenheit aufgeklärt worden. Die französische Firma hat sich nach der Korrespondenz mit Dr. Herx schließlich mit der UG direkt in Verbindung gesetzt. Sie sandte der Spionageabwehrteilung der UG, den mit Dr. Herx geführten Briefwechsel ein, an dem dessen lobende eine sofortige Überführung der beiden Täter möglich war.

Ameiingen. Heute abend findet um 8 Uhr im Volkshaus eine Versammlung der Mitglieder der Partei und der Eisenfront statt, in welcher Landtagsabg. Genosse Weismann sprechen wird über „Politische Lage — Umbau der Wirtschaft — Sicherstellung der Existenz aller notleidenden Schichten.“

Der Besuch des Vortrags wird von sämtlichen Genossen erwartet. Politisch auf unserem Boden stehende Volkstreue sind willkommen.

Dem Skribifax der „roten Sudelstrahlen“ ins Stammbuch

In einem dieser Tage im geheimen verbreiteten Sudelstrahlen, genannt „Dreckscheuder“, wurden über unseren Kollegen Schuder die gemeinsten Lügen verbreitet. Schuder steht nun turmhoch über diesen Verleumdungen, so daß auch nicht die Spritzer aus dieser Dreckscheuder an ihn heranreichen könnte. Wir wissen am besten, was uns Schuder ist, denn er hat mehr im kleinen Finger, als ein U. im Hint, da sich dort nur „Stroh und Heu“ befinden soll. So urteilen nämlich seine Parteigenossen über ihn, und die müssen ihn schließlich kennen.

Nun steht aber in der „Dreckscheuder“, daß in dem Schreiben, das Kollege Schuder in unserem Auftrag an die Firma gerichtet hat, sich die Bitte befindet, daß „die Firma hoch Einleben haben möge mit der Arbeiterpartei und von der Lohnkürzung Abstand nehmen möge.“

Eine solche Bitte kann nur ein Burche erfinden, der, als er in der „Dreckscheuder“ eine abfällige Bemerkung über den Personalchef L. der Firma R. schrieb und daraufhin von diesem gerufen wurde, um zu seiner Behauptung zu stehen, seine Inoffizialität so weit und hat durch seine Unterfertigung bestätigt, daß er mit jener „Dreckscheuder“ nichts zu tun habe und den Inhalt sowie die Bemerkung über L. verurteilt. Hui Teufel über solche Burchen! Und die erdreisten sich noch, unseren Kollegen Schuder einen „Stiefelacker“ zu nennen.

Kollegen und Kollegen, urteilt selbst, wo die „Stiefelacker“ sitzen und dies Urteil fällt euch bestimmt nicht schwer. Schickt aber diese Stiefelacker des Kapitals zum Teufel, wenn sie heuchlerisch euch umhüllen.

Die Funktionäre des M.A. Durlach.

Da sagen viele,
 Rauchen sei Geschmackssache.
 Das ist nicht wahr. Rauchen ist Qualitäts-Sache.
 Es schmeckt eben nur eine so wundervoll milde Zigarette wie
 die milde SALEM 3 3/8

Das ist die Salem Fabrik

Kleine bad. Chronik

Seine Geliebte ertränkt

*Gamsburg (Amt Wertheim), 27. Sept. Der 20jährige Anton Amend wurde unter dem Verdacht festgenommen, die gleichaltrige Rosa Haus, mit der ein Verhältnis hatte, in der Tauber ertränkt zu haben. Die Leiche des Mädchens ist am Donnerstagabend aufgefunden worden. Amend war bald geständig. Sein Verhältnis mit dem Mädchen war nicht ohne Folgen geblieben. Er lockte die Lernstube in einer Kabinpartie, warf sie auf der Fahrt in die Tauber und hielt ihren Kopf unter Wasser bis er sein Ziel erreicht hatte.

*Kantenloch, 27. Sept. Ohne Händel geht es nicht. Anlässlich der Kirchweih kam es hier zu Auseinandersetzungen zwischen zwei jungen Hilfsarbeitern; man traktierte sich mit den Messern und der eine mußte schwer verletzt ins Durlacher Krankenhaus eingeliefert werden.

*Waldorf (bei Wiesloch), 27. Sept. Geschichtlicher Fund. Beim Niederlegen eines alten Hauses in der Hauptstraße fanden Arbeiter etwa 80 Zentimeter tief im Boden einen sehr gut erhaltenen, etwa 27 Zentimeter hohen Denkmalssockel und ein noch ziemlich gut erhaltenes Skelett bei dem stark oxidierte Eisenteile gefunden wurden. Der Sockel ist durch einen Felsblock zweimal durchschlagen. Es ist anzunehmen, daß der Tote aus dem 6. oder 7. Jahrhundert n. Chr. stammt und es liegt die Vermutung nahe, daß hier ein Merowingier Friedhof angelegt war. Der Fund wurde für das Kurpfälzische Museum in Heidelberg erworben.

*Weinheim, 27. Sept. Tödlicher Unfall. — Anschlag auf einen Radfahrer. Auf der Landstraße zwischen Sulzbach und Semsbach verlor der Führer eines Lieferwagens die Gewalt über sein Fahrzeug und fuhr feldwärts. Die drei Insassen blieben unversehrt. Ein gerade des Weges kommender Lastkraftwagen wurde zur Wiederflottmachung des Lieferwagens herangezogen und stellte zu diesem Zweck seinen Anhänger auf die linke Straßenseite. Ein von Darmstadt kommender Pkw transportwagen mußte hinter diesem Anhänger halten. Als der Fahrer zwischen seinem eigenen Wagen und dem Anhänger zur Unfallstelle gehen wollte, kam jener auf der abschüssigen Straße ins Rollen. Der etwa 35jährige Mann wurde gegen den Anhänger gedrückt und so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Der 22 Jahre alte Heinrich J. aus Oppau befand sich gestern Abend auf einer Radtour nach Reffen im Odenwald. Hinter Birkenau im Hellischen fiel plötzlich ein Schuß, der J. in die Magengegend traf und schwer verletzte. Der Getroffene vermochte sich noch nach Birkenau zu schleppen, brach dort aber bewußtlos zusammen und wurde ins Reichelheimer Krankenhaus verbracht. Die Untersuchung über den Fall ist im Gange.

*Schwabhausen (Amt Tauberhofsheim), 27. Sept. Gestern nachmittag entstand in der Scheune des Landwirts und Bezirksrats August Ehrlich ein Brand, der sich schnell verbreitete und auch das Wohnhaus sowie die Scheune des Landwirts Albert Menold und die Doppelscheune des Landwirts Karl Weber ergriff. Die Gebäulichkeiten sind sämtlich niedergebrannt. Die vier Scheunen waren voll gefüllt mit Erntevorräten, die reiflos in den Flammen aufgingen. Das Vieh konnte bis auf zwei Ferkel gerettet werden. Der nur teilweise versicherte Gebäude- und Fahrzeugschaden wird auf über 60 000 Mark geschätzt. Als Brandursache wird Kurzschluss vermutet. Menschenleben sind bei dem Brandanschlag nicht zu Schaden gekommen.

*Bruchsal, 27. Sept. Kind vom Motorrad totgefahren. Ein 6jähriger Knabe aus Forst, dessen Großvater auf dem Felde arbeitete, wurde auf der Landstraße von einem Darmstädter Motorradfahrer erfasst, überfahren und war sofort tot. Den Fahrer trifft keine Schuld, da der Junge direkt ins Rad hineinkam.

Aus der Stadt Durlach

Kommunisten wegen Landfriedensbruch verurteilt

Das Karlsruher Schöffengericht verhandelte gestern unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Müller die Anklage gegen fünf Kommunisten aus Durlach. Die Angeklagten werden beschuldigt, daß sie an einer öffentlichen Zusammenrottung teilgenommen hätten, bei der es zu Zusammenstößen und Mißhandlung von politischen Gegnern gekommen ist.

Der Vorfall spielte sich in der Nacht nach dem Wahltag ab. Seit der Bekanntgabe der Resultate war an jenem Abend eine lebhaft Unruhe auf der Straße. Angehörige der verschiedensten Parteien waren auf der Straße, um dort die Resultate zu besprechen. Die Kommunisten waren zum Teil in ihrem Heim in der Mittelstraße, die Nationalsozialisten zum großen Teil in ihrem Parteilokal „Kranz“. Gegen 1/2 Uhr morgens verließ ein großer Trupp der Nazis die Parteilokalität und wollte sich auf den Heimweg begeben. In der Mittelstraße begegneten sie einer größeren Menge kommunistischer Parteimitglieder, die die Nazis ruhig an sich vorbeiließen. Nachher gingen diese den Nazis hinterher. Es flogen Worte herüber und hinüber, ohne daß es aber dadurch zu Tätlichkeiten gekommen wäre. Die Nazis zogen es vor, das Weite zu suchen und wollten die Wohnung eines N. aufsuchen, die dort in der Nähe war. Vor dem Hause gab es eine größere Ansammlung, die Nazis verschwanden in den Hausgang und wollten sich dort verborgen halten, bis die Luft wieder lauter war. Durch den Lärm wurde der Bruder des einen Nazi wach, der bereits im Bette lag. Da er seinen Bruder in dem Tumult wählte, rannte er hinunter mitten unter die vor dem Haus stehenden Leute. Dabei soll er gerufen haben: „Was will denn die Saubande?“ Am Augenblick war er umringt, von verschiedenen Seiten wurde auf ihn eingeschlagen. Inmitten des Trubels trachten plötzlich Schüsse. Der durch die Schläge verletzte 19jährige Kaufmann Max Rappier sprang in den Hausgang zurück. In diesem Augenblick erschien die Polizei, bei deren Erscheinen der Lärm aber augenblicklich gedehnt war. Von beiden Seiten war nicht mehr ein einziger Mann anzutreffen.

Von Straßenanwohnern aufmerksam gemacht, kam die Polizei später in die Wohnung des Angeklagten N. und wollte dort nach den Kommunisten suchen. Da die Frau N. erklärte, daß sich niemand bei ihnen befände, ging die Polizei wieder unverrichteter Dinge fort. Kurz nachher fand noch einmal eine Hausdurchsuchung statt, dabei wurden in der Wohnung des N. circa 12 Personen angetroffen. Darunter auch die fünf Angeklagten. Sie wurden festgenommen und sind seit diesem Tage in Untersuchungshaft.

Zwei der Nazis wollten ihren großen Adoff kopieren, als sie einige Fragen des Rechtsanwalts Haas nicht beantworten wollten. Der Vorsitzende wies diese Ränder aber sofort scharf zurück und drohte gleich mit empfindlichen Strafen. Da gaben diese „Arter“ sofort klein bei. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung sämtlicher Angeklagten.

Nach vierstündiger Verhandlung verurteilte der Vorsitzende das folgende Urteil: Gegen alle fünf Angeklagten wird eine Gefängnisstrafe von je 3 Monaten ausgesprochen. 7 Wochen

Landestagung der Arbeiter-Wohlfahrt Baden

Am Samstag, den 24., und Sonntag, den 25. September, fand in der Michelhalle in Offenburg eine Arbeitstagung der Ortsausschüsse der Arbeiter-Wohlfahrt Baden statt, die in der Form eines Kurres durchgeführt wurde. Die Tagung war außerordentlich stark besucht von fast allen Ortsausschüssen. Der 2. Vorsitzende, Genosse Düsselmann leitete die Tagung für den an der Teilnahme verhinderten 1. Vorsitzenden, den Genossen Bürgermeister Böttger-Mannheim. Genosse Böttger hat in einem Schreiben sein Bedauern ausgesprochen, daß es ihm nicht möglich war, an der Tagung persönlich teilzunehmen. Nach Begrüßung der zahlreich erschienenen Teilnehmer teilte Genosse Düsselmann mit, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Zentralverband der Arbeitssinnlichen und die Sozialdemokratische Partei durch ihre Mitarbeiter im Landesauschuss der Arbeiter-Wohlfahrt vertreten sind.

Vor Eingang in die Tagesordnung wurde sodann das leider allzu früh verstorbenen 1. Geschäftsführers der Arbeiter-Wohlfahrt Baden, des Genossen Krüger, gedacht, der trotz einer schweren Krankheit bis in seine letzten Tage hinein der Arbeiter-Wohlfahrt seine ganze Kraft gewidmet hat. Die Tagung hat den wohlverdienten Nachruf für den Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen zur Kenntnis genommen. Hierauf begrüßte namens des Ortsausschusses Offenburg Genosse Schäfer die Erschienenen und wünschte der Tagung den besten Erfolg.

Der reichhaltige Kursplan konnte bei angestrengter Arbeit bewältigt werden. Der erste Tag war ganz dem Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr und der zukünftigen Arbeit gewidmet. Den Bericht gab der derzeitige Geschäftsführer des Landesauschusses der Arbeiter-Wohlfahrt, Genosse Ripp-Mannheim. In seine grundsätzlichen Ausführungen unserer Stellungnahme zur Wohlfahrtsarbeit im allgemeinen gab er Einzelheiten bekannt aus der Menge der geleisteten Arbeit der Arbeiter-Wohlfahrt, sowohl in den verschiedenen Ausschüssen, wie auch durch die Organisation selbst. Aus seinem interessanten Bericht war zu entnehmen, wie dringend notwendig die Arbeiter-Wohlfahrt gerade heute ist. Aus dem eigenen Arbeitsgebiet ist besonders die Einrichtung von Nähstuben hervorzuheben. Ferner die Kindererholungsstufen, die Einrichtung von Beratungsstellen, die Befehlung von Vormundschaftsbeistellern, sowie die Mitarbeit bei den allgemeinen Notmaßnahmen. Die Arbeiter-Wohlfahrt übt ihre Wohlfahrtsarbeit politisch und religiös neutral aus. Jeder Fürsorgebedürftige, gleich welcher Religionsgemeinschaft er angehört, kann sich vertrauensvoll an sie wenden. Der Geschäftsbericht ließ einen erfreulichen Ausblick der Organisation in ihrer vielseitigen Arbeit erkennen.

In der sich an den Geschäftsbericht anschließenden Diskussion beteiligten sich eine große Anzahl von Genossen und Genossinnen. Es kam allgemein zum Ausdruck, daß die Arbeiter-Wohlfahrt bereit und in der Lage ist, auf allen Gebieten der Wohlfahrtspflege mitzuarbeiten.

Die Tagung wandte sich deshalb auch entschieden und einmütig gegen das Unterfangen einzelner konfessioneller Stellen, die die Arbeiter-Wohlfahrt als eine Wohlfahrtsorganisation zu hemmen versuchen, die nur für Dissidenten sei. Die Arbeiter-Wohlfahrt bemüht

der ermittelten Untersuchungsfrist wurden auf die Strafe anzurechnen.

Noter Baden. Heute Abend Punkt 8 Uhr: Probe im Tannhäuser.

Veressen Sie nicht, daß am kommenden Sonntag Abend das Kabarett „Der rote Faden“ in Umlauf in der „Blume“ aufgeführt wird. Mit einem vollständig neuen Programm tritt diese Spieltruppe damit vor die Öffentlichkeit. Ein reichhaltiges Programm bietet Gewähr für eine angenehme Unterhaltung. Eine Reihe bekannter Zeitgenossen treten wieder vor die Rampe und singen und tanzen. Wer kennt nicht den Sergeanten Himmelsstolz oder die Arbeitelonne „Schipp Schipp“? Zu den Mitwirkenden zählt sich auch der neue Gesangsverein „Halbe Lunge“ mit einem neuen überausstimmigen Chor. Zeitgenossen aus dem politischen Leben haben ihre Mitwirkung zugesagt und versprechen einen interessanten und unterhaltenden Abend. Besorgen Sie sich heute noch Karten.

Genossenschaftliches

Der Wert der Konjungenoffenschaften

Das geschäftsführende Vorstandsmittglied des Zentralverbandes deutscher Konjungenoffenschaften Voltrath Kleszig nimmt in der Nummer 39 der Konjungenoffenschaftlichen Rundschau vom 24. September 1932 zu einigen Ausstellungen Stellung. Die über die Frage der Preisbildung in den Konjungenoffenschaften erschienenen sind. Bemerkenswert ist das Zugeständnis des Einzelhandels, daß es den Konjungenoffenschaften seit ihrem Bestehen stets erfolgreich gelungen ist, die Preise niedrig zu halten. Die große Wettbewerbskraft ihrer Genossenschaften überweist stets aus neue von den Parteilosen der gemeinsamen Bedarfsdeckung. Da diese Lebenszeugung

sich, jeden Hilfebedürftigen zu betreuen. Genosse Ripp fand allgemeine Anerkennung für seine musterhafte Geschäftsführung.

Der zweite Tag brachte sodann noch drei Referate über besonders wichtige Einzelgebiete.

Es trafen:

1. Rüstordner Stolz-Mannheim über: Die Notverordnungen und ihre Auswirkungen auf die Wohlfahrtspflege.
2. Oberverwaltungsinspektor Stier-Mannheim über: Die Mitarbeit der Arbeiter-Wohlfahrt in der Jugendgerichtshilfe.
3. Verwaltungsamtmann Widder-Mannheim über: Der freiwillige Arbeitsdienst und die Hilfe für erwerbslose Jugendliche.

Da die vorerwähnte Referentin, die Genossin Remte-Berlin am Erscheinen verhindert war, behandelte Genosse Widder-Mannheim das Thema der Hilfeleistung für arbeitslose Jugendliche mit. Alle drei Referenten fanden eine sehr freudig zunehmende Zuhörerschaft. Dabei muß auch festgehalten werden, daß der Landesauschuss der Arbeiter-Wohlfahrt eine besonders gute Auswahl der Kursleiter getroffen hat, denen auch an dieser Stelle der Dank für ihre Ausführungen ausgesprochen werden soll. Alle drei Referate werden in der Kommune, der vom Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei herausgegebenen Monatschrift für Gemeindepolitik, auszugsweise wiedergegeben werden.

Einer von der Genossin Frau Landtagsaba. Fischer-Karlruhe und Genossen eingebrachten Entschlüsse stimmte die Tagung einstimmig zu. Sie lautet:

Die Arbeiter-Wohlfahrt, Bezirk Baden, erhebt mit aller Schärfe Protest gegen die unerhörten rassistischen entmenslichen Maßnahmen der Regierung gegenüber der wertvollen Bevölkerung und verlangt, daß die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes, indem Deutschen ein menschenwürdiges Dasein zu gewähren, wieder gewährleistet wird.

Die verfassungsmäßigen Rechte sind durch die Notverordnungen, welche die Lebenshaltung der Masse auf den tiefsten, unerträglichen Stand herabdrücken, verletzt. Staatlich und durch die Verichte der amtlichen Schlichter ist nachgewiesen, daß die Unterernährung weite Volkskreise erschreckend angewachsen ist und damit die Gesundheit gefährdet ist.

Mit allem Nachdruck verlangen wir, daß in Notzeiten, wie der jetzigen, die Volksgemeinschaft einer Nation sich dadurch zeigt, daß sie den Hunger der arbeitenden Bevölkerung nicht durch die Unterernährung der Bevölkerung allein die Folgen und Lasten des Krieges und der Wirtschaftskrisis zu tragen hat.

Solidarität, Hilfsbereitschaft und Menschlichkeit ist Pflicht der ganzen Nation, um über die Notzeit hinwegzukommen.

Die bis zum Schluss von den Delegierten mit großem Interesse verfolgte Tagung konnte am 25. September, nachmittags 4 Uhr, in der Ueberzeugung geschlossen werden, zwei arbeitsreiche, aber auch für ihre so schwere Arbeit, besonders mühselige Tage verbracht zu haben.

won den Gegnern der Verbraucherorganisationen nicht erfüllt werden kann, verjagen sie, diese manchmal wegen ihrer angeblich hohen Preise und neuerdings wegen ihrer Preisunterbietung in den Staub zu schießen. Die Mitglieder der Konjungenoffenschaften wissen, was sie von einem so widersprüchswollen Beginnen zu halten haben.

In der Nummer 39 der „Konjungenoffenschaftlichen Rundschau“ vom 24. September 1932 werden beachtliche Rückschlüsse aus den gegenwärtigen Vorommnissen in der Wirtschaft für die Zukunft gezogen.

Die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung schließt die unerkennbare Gefahr in sich, daß es zu einer weiteren starken Schwächung der Wirtschaftsmöglichkeiten und dadurch zu einer weiteren Gefährdung von Wirtschaftsbetrieben kommen wird, wenn es nicht endlich einmal gelingt, das Steuer herumzuwerfen, und die Kaufkraft der Bevölkerung, die im Grunde der einzige Antrieb für alles Wirtschaften ist, entscheidend zu erhöhen.

Konjungenoffenschaftlicher Rundfunkvortrag

Am Dienstag, den 27. September 1932, nachmittags 6.30 Uhr, wird das geschäftsführende Vorstandsmittglied des Zentralverbandes deutscher Konjungenoffenschaften Voltrath Kleszig auf der deutschen Welle über das Thema „Die Konjungenoffenschaften in der Krise“ den Vortrag auf die Sender Hamburg, Frankfurt a. M., Kassel, Köln und Königsberg übertragen. Es liegt im Interesse einer Förderung der Konjungenoffenschaftsgebundenen, daß möglichst viele Kreise der Bevölkerung in die Lage gesetzt werden, diesen wichtigen Vortrag zu hören. Gerade in der gegenwärtigen Krisenzeit kommt dem genossenschaftlichen Zusammenfluß der Verbraucher eine erhöhte Bedeutung zu. Es sollte daher niemand die günstige Gelegenheit verüßeln, sich einen Einblick in das Wesen und Wirken der Verbraucherorganisation zu verschaffen!

Empfehlenswerte Spezial-Firmen!

Berthold-Apotheke
J. Becker
Karlsruhe, Rintheimer Straße 1

Homöopathie — Allopathie

Stadt-Apotheke
Gegründet 1820
mit **Zentrale für Homöopathie**
Inhaber: Hermann Trumpfeller
Karlsruhe 19 (gegenüber der Hauptpost) Teleph. 177

TRINKT
das gute

Hofbrauhaus-Bier
Hofbrauhaus Haß A.-G.
RASTATT

„Schrenpp-Printz-Bier“
Am Besten mündets mir!

GAS
richtig verwenden
und nicht verschwenden
dann billigster Brennstoff für Küche und Haus

Gastroba, Gas- u. Stromberatungs- u. Schd. Werke A.-G.
Baden-Baden
Waldeestrasse 17 Fernruf 283

Bauhütte Karlsruhe
Gemeinnützige Baugesellschaft m. b. H.
Marienstraße 96, Telefon 5200
Hochbau, Tiefbau, Eisenbetonbau, Zimmerl., Dachdeckungen, Glaserei u. Schreinerl., Gipser-, Terrazzo- und Plattenarbeiten, Uebernahme ganzer Bauprojekte bis zur schlußfertigen Herstellung



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

28. September.

1808 *Maler Ludwig Richter. — 1811 *F. R. F. Heber, badischer Revolutionär. — 1826 *Volkswirtschaftl. Dr. Alb. Lange. — 1848 Kossuth wird ungarischer Diktator. — 1864 Gründung der Internationalen Arbeiter-Association in London. — 1896 *Franz Chemter L. Pasteur. — 1920 Millerand wird Präsident von Frankreich. — 1929 Sos. Kulturtage Frankfurt a. M.

Der Stadtrat hat beschlossen

(Aus der Sitzung vom 22. September)

Straßenbahntarif

Für Einzelfahrtweise über 2 Teilstrecken wird der Preis von 15 Pf wieder auf den früheren Satz von 20 Pf. erhöht. Die zum 1. Februar d. J. eingeführte Ermäßigung von 20 Pf. auf 15 Pf. hat sich in jeder Beziehung ungünstig ausgewirkt. Einem Einnahmeausfall von nachweisbar monatlich etwa 10 000 RM. stehen irgend nennenswerte Vorteile der Karlsruher Bevölkerung nicht gegenüber. Der allergrößte Teil dieser Fahrausweise wird von Ortsfremden gekauft, während der Einheimische die billigen (gelben) Heften benutzt. Die Wiedereinführung des 20-Pf.-Mindsttarifs ist im Interesse der möglichsten Einhaltung der voranschlagsmäßigen Einnahmen unermeßlich. Die übrigen zum 1. Februar eingeführten Tarifentwürfe bleiben unverändert. (Die Auswirkung der Erhöhung dürfte wohl die sein, daß noch weniger Menschen die Straßenbahn benötigen, also die Einnahmen noch mehr zurückgehen. D. Red.)

Winternotfälle

Der Stadtrat begrüßt mit Anerkennung die Anregung der privaten Wohlfahrtsorganisationen, ähnlich wie in den beiden letzten Jahren auch in diesem Jahre zur Linderung der Notlage der Hilfsbedürftigen im bevorstehenden Winter die „Karlsruher Rotgemeinschaft“ wieder ins Leben zu rufen. Den Vorzug wird der Oberbürgermeister übernehmen. Die erforderlichen Arbeitskräfte und Räume werden von der Stadt zur Verfügung gestellt. Angesichts der großen Not, die weiteste Kreise der hiesigen Bevölkerung ergriffen hat, gibt sich der Stadtrat der bestimmten Erwartung hin, daß die Bürgergesellschaft auch in diesem Jahre dem Unternehmen ihre tatkräftige Förderung zuteil werden läßt.

Ehrungen. Dem Karlsruher Dichter und Schriftsteller Fritz Römheldt und seiner Ehefrau und den Landwirt Wilhelm Sped Ebelenten wurden aus Anlaß der goldenen Hochzeit Ehrungen, begleitet von Glückwunschkarten des Oberbürgermeisters, überreicht.

Vertreterversammlung des Gewerkschaftskartells

Am Montagabend fand im Volkshaus nach längerer Pause wieder eine Delegiertenversammlung des Ortsausschusses Karlsruher Durlach-Etlingen des ADGB statt, in der der Vorsitzende, Koll. Schulenburg zunächst mitteilte, daß am Donnerstagabend um 5 Uhr im Volkshaus eine Betriebsräteversammlung stattfindet, in der zur Papen-Notverordnung Stellung genommen wird. Zu dieser Versammlung haben auch die Kartelldelegierten zu erscheinen.

Hierauf machte Koll. Schulenburg längere Ausführungen über den Sozialen Dienst, wobei er betonte, daß die Arbeiterschaft sich um diese Organisation bisher wenig gekümmert hat. Dadurch ist die Gefahr in nächster Nähe gerückt, daß sich die arbeitserfeindlichen Parteien, vor allem das Dänenkreuz, in ihr breit machen. Nun finden diesen Winter sog. Frühjahrsfeste statt, zu denen sich auch unsere arbeitslosen Kollegen melden sollen. Angenommen werden Arbeiter bis zu 25 Jahren. Ausnahmeweise können auch noch ältere Arbeiter angenommen werden. Hierauf wies Koll. Schulenburg auf die Verordnung über das Verfahren bei Begutachtung der Hilfsbedürftigkeit vor Bewilligung von Arbeitslosen- und Krankschutzleistungen hin. Für den zu diesem Zwecke zu bildenden Ausschuss sind vom Kartellvorstand 9 Kollegen vorgeschlagen, die dem Arbeitsamt gemeldet werden sollen. Dieser Gutachterausschuss ist in der Frage der Hilfsbedürftigkeit die entscheidende Instanz, gegen dessen Entscheidung kein Einspruch und kein Rekurs möglich ist. Wir haben deshalb alle Ursache, nur die Besten in den Gutachterausschuss zu entsenden. Koll. Tropp wies darauf hin, daß es vorkommt, daß arbeitslose Kollegen nicht rechtzeitig in den Genuss ihrer Unterstützung kommen, weil die Frage der Hilfsbedürftigkeit nicht rechtzeitig genug entschieden wird. Koll. Schulenburg bittet die Delegierten, ihm alle Fälle namhaft zu machen, in denen ein Arbeitsloser auf seine Unterstützung warten mußte, weil das Arbeitsamt die Hilfsbedürftigkeitsfrage nicht früh genug entschieden hat. Nur wenn wir konkrete Fälle dem Arbeitsamt namhaft machen können, können wir auf Abhilfe drängen. Zu dieser Frage sprachen noch die Koll. Sigmund, Erb, Kluge und Stolz. An dem Vorschlag des Kartellvorstandes zum Gutachterausschuss wurde keine Kritik geübt.

Ueber die Frage der Erwerbslosenkommissionen machte Schulenburg sodann längere Ausführungen, wobei er darauf hinwies, daß im ganzen Lande auf funktionierende Erwerbslosenkommissionen geschaffen wurden. An die Organisationen ist aber die Bitte zu richten, zur Aufbringung der Kosten hierfür einen bestimmten Beitrag zu leisten.

Zur Frage des Maxauer Rheinbrückenbaues führte Schulenburg aus, daß im Laufe dieser Woche in Berlin die Entscheidung darüber gefällt wird, ob und wann mit dem Bau der Rheinbrücke bei Maxau begonnen werden kann. Aus der Mitte der Versammlung wurde die Anregung gegeben zu beantragen, daß in den Vorläufen der Büros des Fürstentums Stiegenenbelt geschaffen wird. Koll. Schulenburg sagt zu, daß der Anregung selbstverständlich stattgegeben wird.

Koll. Erb wies dann darauf hin, daß am 1. Oktober im Volkshaus ein neuer Wirt aufsteht, der die Gewähr bietet, daß das Volkshaus auch in Zukunft nicht nur ein angenehmer Aufenthaltsort für die Kollegen bleibt, sondern er wird verschiedene Neuerungen einführen, die bzgl. der Unterhaltung der Gäste den höchsten Anforderungen gerecht werden. Es ist deshalb die Hoffnung angebracht, daß das Volkshaus auch in Zukunft leitens der Arbeiterschaft lebhaft frequentiert wird.

Sodann gab Erb den Bericht vom 2. Quartal der Kasse des Ortsausschusses. Der Bericht konnte sehr kurz sein, denn er war schriftlich vorgelegt, weshalb Erb sich auf einige mündliche Erläuterungen beschränken konnte. Der Kassenbericht wurde ohne Dis-

Die Karlsruher Wasserversorgung

Aus einem Vortrag des Herrn Baudirektor Eglinger auf der Tagung der mittelhheinischen Gas- und Wasserfachmänner

(Schluß)

Das neue Wasserwerk liegt in der Luftlinie gemessen zirka 9 Kilometer südwestlich der Stadt. Wir befinden uns sowohl im Grundwassergebiete des Rheins, als auch in dem des alten Kinzig-Murg-Flusses. Die Richtung des Grundwasserstromes, die infolge der verschiedenen Stromgebiete nicht unabänderlich sein dürfte, geht von Südosten nach Nordwesten. Die Geschwindigkeit des Grundwasserstromes beträgt etwa 5 Meter in 24 Stunden; die Mächtigkeit des Wasserträgers ist mit 15 bis 20 Meter anzunehmen und es ist berechnet worden, daß in der Karlsruher Gegend unter einem Quadratmeter Rheinebene-Oberfläche 3 bis 4 Millionen Kubikmeter Wasser enthalten sind, zu denen noch wenigstens eine Viertelmillion Kubikmeter pro Jahr aus der Atmosphäre hinzukommen.

Das bis jetzt erwerbene Gelände gestattet die Anlage in einer Größe auszubauen, daß sie den Wasserbedarf für Karlsruhe decken kann, auch wenn die Stadt die doppelte Einwohnerzahl erreicht haben sollte.

Vorkaufs sind vorgelesen: 6 Brunnen, von denen einer als Sammelbrunnen ausgebaut ist, ein Maschinenhaus mit vier Pumpenaggregate und 600 bis 2500 Kubikmeter Stundenleistung, ein Schaltbau und Aufnahme der elektrischen Ausrüstung, ein Schaltvorrichtung und Wohngebäude für das Bedienungspersonal, Endabfuhr auszuführen sind bis jetzt nur die Brunnen, auch die beiden Hochspannungstabelle sind verlegt, sowie der Zuleitungsstrang zum Stadtnetz, während der Bau des geplanten Maschinenhauses und der elektrischen Anlagen mit Rücksicht auf die Geldknappheit verzögert wurden.

Für den Gesamtbau sind 34 Millionen Mark vorgelesen; rund 2 Millionen davon sind verwendet. Zur Deckung des Kapitaldienstes mußte der Wasserpreis um 3 Pfg. je Kubikmeter erhöht werden, er beträgt heute 15 Pfg. je Kubikmeter und steigt immer noch zu den niedrigsten unter den deutschen Großstädten.

Der Sammelbrunnen hat einen Durchmesser von 7 Meter, während die übrigen Brunnen nur 5 Meter lichte Weite besitzen. Sie sind in einer Entfernung von je 120 Meter von einander abgeteilt und folgendermaßen ausgeführt:

Man schachtete bis auf den Grundwasserspiegel, also bis auf etwa 4 Meter aus und setzte dann den Fußring ein. Dieser hat nicht nur die Aufgabe das aufsteigende Mauerwerk zu tragen, sondern auch das Erdreich vorzuschieben. Die nun folgende Ausbaggerung geschah ohne Wasserhaltung. Die Brunnen sind unter sich durch Rohrleitungen von 1000 und 1100 Millimeter Durchmesser verbunden; diese münden in den vor dem Pumpenhaus befindlichen Sammelbrunnen, aus dem das Wasser abgepumpt wird.

Im Maschinenhaus sollen vier Säcke von 600 bis 2500 Kubikmeter Stundenleistung aufgestellt werden. Auch eine Erweiterungsmöglichkeit des Hauses zur Aufnahme weiterer Maschinenläufe ist vorgelesen: außer den Saug- und Drumpumpen werden noch Entlüftungspumpen, Schaltvorrichtungen und Hebezeuge im Hause untergebracht, auf der Druckseite befindet sich dann noch die Wasserreinigung. Anbauten an das Maschinenhaus werden noch eine kleine Werkstatt und Aufenthaltsräume für das Bedienungspersonal und Aufsichtspersonal, während das Gebäude für die Hochspannungsanlage

Transformatoren, Schalter sowie die Werkwohnungen getrennt ausgeführt werden. Vor dem Pumpenhaus ist ein reichlich großes Gelände freigehalten, auf dem, wenn es wider Erwarten notwendig sein sollte, Wasserreinigungsanlagen aufgestellt werden können.

Die Druckleitung.

Die sich von der Wasserfassungsanlage bis zum Stadtnetz erstreckt, hat eine Länge von 8 1/2 Kilometer, einen lichten Durchmesser von 800 Millimeter und teilt sich am Eingang zur Stadt in zwei Stränge von je 600 Millimeter lichte Weite. Sie steht unter einem ständigen Druck von 6 Atmosphären und ist im Gegeniaz zu der bisherigen Leitung, nicht in Gubeisen und Stahl, sondern aus gebleichten Eisenbetonrohren hergestellt. Praktische Erfahrungen über die Verwendung von Eisenbetonrohren zu Leitungen unter höherem Druck stehen, lagen in Deutschland kaum vor, dagegen sind in Italien, dem Heimatlande des Konstruktors, insbesondere zur Wasserleitung von Rom, mehrere hundert Kilometer dieses Rohmaterials verlegt. Wir haben deshalb, bevor wir uns zur Verwendung der Rohre entschlossen, eine große Reihe von Untersuchungen angeestellt, die sich auf das Verhalten der Rohre gegen äußeren und inneren Druck und auf die Herstellung einer sicheren Verbindung erstreckten. Nachdem die Untersuchungsgegenstände durchaus befriedigend waren, entschloß man sich, die Rohre zu verwenden, nicht allein um den Fortschritt in der Technik zu fördern, sondern auch deshalb, weil die Leitung sich billiger stellte, als aus anderem Material, und weil wir die Mächtigkeit hatten, die badische Industrie zu unterstützen.

Die einzelnen Rohre haben Bauhöhen von 3,6 Meter, sind mit Nüssen versehen und werden in 600 Meter lichte Stücke und geschichtet wie Gußrohre; an Stelle von Blei verwendet man eine bituminöse Masse und zum Schluß derselben Zement. Seit mehr als 2 Jahren ist die Leitung bauend in Betrieb, auf der 7 Kilometer langen Strecke, in der die 800 Millimeter-Druckrohre liegen, ist noch keine Störung bemerkt worden, auch die 600-Millimeter-Rohre haben sich tadellos bewährt. Wir hatten aber auch Gelegenheit, das Verhalten der Rohre in unruhigem Gelände und bei Rohrbrüchen zu beobachten. Die Brüche wirkten sich so aus, wie man es erwarten sollte. Trotzdem es sich um große Wassermengen in den Rohrleitungen gehandelt hat, sind die Rohre unter 6 Atmosphären Druck standen, es kein Aufreißen der Rohre beobachtet und keine Leberhöhlen entstanden, sondern nur feuchte Stellen in der nächsten Umgebung des Bruches, da infolge der Eigenanziehung nur ganz feine Risse entstanden waren, die durch Umklebung einer Eisenbetonbandage wieder abgedichtet werden konnten. Für die Zukunft wird man in ähnlich gelagerten Fällen die Brüche vermeiden können, wenn das Rohr nicht aus einseitiger und die Nussendistancen elastischer hergestellt werden.

Im ansen haben die neuen Wasserleitungsanlagen die in der neuesten Erwartungen erfüllt. Wir hoffen und wünschen nur recht bald eine Besserung der Wirtschaftslage in unserem Vaterlande und in unserer Stadt, damit die begonnenen Anlagen vollständig und zum Nutzen und zur Besserung der Lebensverhältnisse aller Einwohner von Karlsruhe und Umgebung ausgenutzt werden können.

Diskussion wurde beschlossen, an die Londoner Sänger zu berichten, daß mit ihnen zusammen das Kartell ein Konzert aufzuführen wird. Auch kam der Wunsch zum Ausdruck, daß sich die Vereine in Zukunft bei Konzerten usw. besser absprechen unterließen. Sanngesonnene Menschen schlug dann vor, man möge die Kartellversammlung alle 2 Jahre stattfinden lassen. Die Delegierten einigten sich auf den Januar 1933. Der Tag wird vom Vorstand noch bekanntgegeben.

Gauflieber Wolf gab sodann einen kurzen Bericht über die Beitragsabführung an den Gau Baden und machte bekannt, daß die Vereine, welche ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, das Aufzählungsrecht verlieren. Die Gratschöre kommen in nächster Zeit zum Vortrag.

Am Schluß der Versammlung ermahnte Sannges. Menges noch die Delegierten, bei der kommenden Wahl, wenn das Kartell ruft, zur Stelle zu sein.

Albert Mitschke †

Allen Genossinnen und Genossen, besonders denen der Weststadt, die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber, in Partei-, Gesangs- und Gewerkschaftskreisen wohlbekannter Genosse Albert Mitschke nach schwerer kurzer Krankheit infolge einer Magenoperation gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. September, nachmittags 4 1/2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt und bitten wir um zahlreiche Beteiligung.

Einer armen Zeitungsfrau Fahrrad und Zeitungen gestohlen

Zu der freisten Sorte von Langjüngern gehören wohl die Fahrraddiebe, was wieder folgender Fall beweist. Eine Zeitungsträgerin des Volksfreund stellte gestern ihr Fahrrad, auf dessen Gepäckträger sie die Zeitungen angebracht hatte, vor das Bezirksamt (Gefährliche Seite). Sie ging ganz kurze Zeit in das Gebäude hinein um die bestellten Zeitungsexemplare abzuliefern. Als sie herauskam, entsetzte sie zu ihrem großen Schreck, daß ihr Fahrrad (Marke Olympia) samt Zeitungen verschwunden waren. Es gehörte schon eine starke Frechheit dazu, vor dem Gebäude der Polizeibehörde ein Rad zu stehen. Die Frau, eine arme fleißige Witwe, ist natürlich sehr geschädigt. Schon aus diesem Grunde muß die Tat eine recht verwerfliche genannt werden. Wer in dieser Sache etwas erfahren sollte, der möge sich bei der Geschäftsstelle des Volksfreund melden.

Betriebsräte-Versammlung des ADGB

Morgen Donnerstag, 29. September, nachmittags 5 Uhr, findet eine Versammlung aller Betriebsräte des ADGB im Volkshaus statt. Thema: „Die Auswirkung der Papenischen Notverordnung auf die Arbeiterschaft.“ Hierzu sind alle Betriebsräte, sowie Kartelldelegierten eingeladen mit dem Ergehen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Versammlung beginnt um 5 Uhr, nicht um 7 Uhr, worauf noch besonders hingewiesen sei.

Versammlung des Arbeiter-Sängerkartells

Am Samstag, 24. September, abends 8 1/2 Uhr, fand im Volkshaus eine Kartellversammlung statt. Der 1. Vorsitzende Menges gedachte zunächst des leider zu früh verstorbenen Bezirksleiters des 3. Bezirks Aurel Seiler, mit dem ein alter Kämpfer des Arbeiter-Sängerbundes von uns geliebt ist. Nun gab Sannges. Menges einen kurzen Bericht über das Konzert anlässlich der Gau-generalversammlung im Mai ds. Js., bei welchem das Kartell mitwirkte und das einen sehr guten Eindruck bei den Delegierten hinterließ. Ferner verlas er ein Schreiben eines Londoner Arbeiter-Gesangsvereins, welcher auf einer Konzertreise nächstes Jahr nach Karlsruhe kommen möchte und um Freiquartiere bittet. Nach kurzer

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Edle Kaiser- und Kronenstraße ereignete sich gestern früh ein Verkehrsunfall, der schweren Sachschaden zur Folge hatte. Ein durch die Kronenstraße aus Richtung Schloßplatz kommender Personentransportwagen stieß mit einem durch die Kaiserstraße in westlicher Richtung fahrenden Personentransportwagen zusammen. Durch den Zusammenstoß wurden beide Fahrzeuge derart stark beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten. Nichtbeachtung des Vorfahrtrechts dürfte die Schuld an dem Unfall sein. Glücklichdenn wurde niemand verletzt.

Gestern nachmittags wurde ein 22jähriger Gärtnermeister aus der Oststadt, der in unvorsichtiger Weise den Durlacher Torwall überquerte, von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Er erlitt dabei nur unerhebliche Verletzungen.

Schwindelhafte Schirmfliderin

Eine bis jetzt noch unbekannt Frau hat eine Bewohnerin des Weiberheides dadurch geschädigt, daß sie einen Schirm zur Reparatur mit dem Bemerkten entgegennahm. Sie können die Arbeit für 80 Pfennige ausführen. Bis heute wurde der Schirm nicht mehr zurückgebracht.

(-) Registrierung eines Erdbebens. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten vorgestern Abend 20.24 Uhr ein katastrophales Erdbeben, dessen Herd in einer Entfernung von ca. 2000 Kilometer liegt. Nach Ablauf der Vorklärungsarbeiten wurden die Erschütterungen so stark, daß die Registrierungsapparate abgeworfen wurde. (Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß das Erdbeben etwa 435 Kilometer von Belgrad in Südbanien stattfand und an verschiedenen Stellen Sachschaden angerichtet hat. Ein Teil der Bevölkerung des betroffenen Gebietes flüchtete in die Felder; doch sind Verluste an Menschenleben nach den bis jetzt bekanntgemachten Nachrichten nicht zu besorgen. Etwa eine Stunde später wurde auch in Bulgarien ein starker wellenförmiger Erdstoß verspürt, dessen Herd man in der Gegend von Saloniki vermutet.)

(-) Notlandung eines Flugzeuges. Das Verkehrsflugzeug D 1579 mußte bei Karlsruhe in der Nähe von Gagenstein auf einem Weidenfeld eine Notlandung vornehmen. Das Flugzeug fuhr dabei einen Baum um und wurde erheblich beschädigt. Der Pilot und die fünf Passagiere kamen unverletzt davon, lediglich ein Passagier erlitt eine ganz unbedeutende Verletzung am Auge.

Vortrag Marga von Ehdorf

Wir in Deutschland haben als bekannteste und von sich reden machende Violoncellisten...

Die für einen solchen Abend zahlreich erschienenen, namentlich aus Mitteldeutschland...

Ein seltenes Familienergebnis. Zur Taufe eines Mädchens in der Landesfrauenklinik...

Kinder singen in der Festhalle. Zum Ende des Schuljahres 1931/32 und am Beginn eines neuen gibt die Singhülle...

Lichtspielhäuser

„Quid“ im Pali

Am Pali, in der Herrenstraße, findet heute die Premiere des ersten Großfilms...

EISERNE FRONT KARLSRUHE

J. B. 2

Seite 18.30 Uhr Zusammenkunft Belegschaft.

Händlerversammlung der Siemens & Halske AG.

Eine praktische Geschäftsverhandlung hat die Firma Siemens & Halske mit ihren Händlern...

Antwort an die Karlsruher SPD

Nachdem die Kommunisten eingehend meine Artikel im Volksfreund gelesen hatten...

Erst lobt man mich an allen Ecken über meine Opferbereitschaft und daß ich unter Beseitigung persönlicher Rücksichten...

Bezeichnend übrigens für die „Klassenkampftheorie“ innerhalb der SPD...

Badisches Landestheater. Die Besetzung des am Donnerstag, 29. September...

Uraufführung. Am Sonntag, den 2. Oktober, findet im Dom zu Laden am 9.30 Uhr...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Ausbreitung polarer Luft hat bei anhaltendem starkem Aufdruck...

Wasserstand des Rheins

Basel 27, gef. 4; Waldsbut 282, gef. 3; Rehl 232, gef. 7; Maxau 383, gef. 7...

Aushünfte der Redaktion

G. W. Kuppenheim. Wir haben die Meldung vom Wolff-Büro erhalten.

Dereinsanzeigen

Karlsruhe. A.D.G.B. Karlsruhe-Durlach-Etlingen. Am Donnerstag abend 5 Uhr...

Sport

Werbetage des FC. Union vom 24. und 25. September

Der FC. Union hat am Samstag mit dem Spiel Sulach-Grünwäldchen...

Sonntag 9 Uhr morgens halfte der Frei Seilzug der beiden Jugendmannschaften...

Beierheim. Wirth folgte anschließend; Resultat: 1:0 für Beierheim...

Am Vereinsheim sah man sich ausprobiert über die Spiele befehlen...

Die Badische Volkshilfe von Dr. Franz Schmidt. Das Buchlein, auf das wir...

Literatur

Alle an dieser Stelle besprochenen und angeforderten Bücher und Zeitschriften...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 28. September: Anna Kahold, alt 64 Jahre...

Deranstaltungen

Mittwoch, den 28. September 1932: Landestheater: Margarethe. 19 Uhr.

Oberrichter: Georg Schöpllin. Verantwortlich: Volpert, Freilichtbühnen...

Die Enthüllung der Ebert-Gedenktafel am Berliner Volkspark Rehberge

Die Enthüllungsfest imitten der neuen, 1400 Wohnungen umfassenden Friedrich Ebert-Siedlung...



Karlsruher Umgebung

Muggensturm

Aus dem Gemeinderat

Im Submissionsweg wurden die Malerarbeiten für zwei Schulhäuser sowie für den Kochschulsaal vergeben. Ebenso die Schreinerarbeiten (Fußbodenlegen) in zwei Schulhäusern. Ferner wurden im Submissionsweg vergeben die Lieferung von 70 Zentner Kohlen und 520 Zentner Brikett. Ein zur Zucht untauglicher Schweinefarren wurde zum Höchstgebot verkauft. Gegen drei Bürgerrechtsanträge ist nichts einzuwenden. Die Herbstschulferien beginnen am 29. d. M. Schenkungen von Grundstücken wurden vorgenommen. Wohlfahrtsunterstützungsgefuche wurden zum Teil genehmigt, zurückerstattelt und auch abgelehnt. Anmeldeung in der Gartenstraße wird bis zur endgültigen Kanalisierung dieser Straße zurückgestellt.

Weingarten

Die Tagesordnung der Gemeinderatsitzung am 22. September umfaßte folgende Punkte: 1. Einladung der Neuhäuservereinsigung. 2. Beschränkung wegen Dreifachmaschinenbetrieb. 3. Wohnung Turnhalle. 4. Rabattenab. 5. Uebernahme von Krankenhausbetten. 6. Betreibung der Gemeinderückstände. 7. Stundungs- und Nachschußgefuche. 8. Beschäftigungs- und Unterstützungsgefuche. 9. Meliorationsarbeiten auf Vorschlag des Arbeitsamtes. 10. Vergebung von Wellenbändern.

Rnielingen

Herbstkonzert des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ Die Rnielinger „Naturfreunde“ leiteten ihr diesjähriges Winterprogramm am vergangenen Sonntag mit einem Herbstkonzert im Saale „zur Linde“ in Rnielingen ein und haben dabei wieder einmal vor vollem Saal (Stuhlfreihe an Stuhlfreihe) geseit, daß sie nicht nur dem gesunden Wandererport buldigen und ihren Anhängern und Freunden die Schönheiten der Natur vermitteln, sondern daß sie auch Konzerte zu veranstalten verstehen. Mit einem flottten Eröffnungsprogramm der Musikabteilung des Vereins, die unter der zielbewußten Leitung des Herrn Paul aus Karlsruhe steht, wurde der Abend eingeleitet. Melodisch und ansprechend

brachte das Orchester die Ouvertüre „Mignonette“ von J. Baumann zu Gehör. Schmissa und hinreichend im Rhythmus war der Walzer „Wiener Bräutchen“ von S. Transbaleur. Mit „Dornröschens Brautfahrt“ von W. Kothe brachte die Musikabteilung ein bekanntes Charakterstück zum Vortrag. Sehr gut war „Ein Traum“ (Romanz) von Th. Ritter. Süßliches Temperament lag im „Span-Tanz“ vom gleichen Komponisten. Herr August Kintler als Solist wirkte, brachte das „Ständchen“ von Schubert und „Wiegenlied“ von Brahms empfindungsreich zum Vortrag, wobei sich ihm das Orchester gut anpaßte. Zur Verschönerung des Abends trug schließlich noch der gemischte Chor des Arbeitergesangsvereins „Sängerbund“ Rnielingen bei, der zwei Freiheitslieder einwandfrei und eindrucksvoll zum Vortrag brachte. Nachdem die Musikabteilung das Konzert mit einem Schlusmarsch beendet hatte, war der Jugend Gelegenheit geboten, das Tanzbein zu schwingen, wovon reichlich Gebrauch gemacht worden ist. Der Abend war ein voller Erfolg.

Wie man hört, will der Verein im kommenden Winter mit weiteren Konzerten und Lichtbildvorträgen aufwarten. Neuerdings ist der Verein noch dazu übergegangen, ein Schülerorchester zu bilden, dem bereits 25 Schüler angehören. Da die Jugend bei den Rnielinger Touristen immer gut aufgehoben war, kann der Rnielinger Elternschaft nur empfohlen werden, ihre Kinder der Obhut des Vereins zu übergeben.

Letzte Nachrichten

Abrüstung und deutsche Gleichberechtigung

Die Auffassung Herriots Paris, 27. Sept. (Eig. Draht.) Der Genfer Sonderberichterstatler des Paris soir, Sauerwein, der über die Absichten Herriots im allgemeinen gut unterrichtet ist, meldet seinem Blatt, es sei anzunehmen, daß der Ministerpräsident seine Bemühungen um den Erfolg der Abrüstungskonferenz unter Zurundelegung folgender Erwägungen fortsetzen werde.

Es gebe einen Grundfatz, über den alle Welt, einschließlich Italien, einstimmig zu sein scheine. Dieser bestehe darin, daß die Wiederanrüstung Deutschlands weder gerechtfertigt noch zulässig ist und die Welt schnell neuen Kriegen entgegenzuführen würde. Der zweite Grundfatz, für den eine Mehrheit vorhanden ist, sei, daß Deutschland das Recht habe, eine umfassende Abrüstung der anderen Mächte zu verlangen, aber unter zwei Vorbehalten: Es müsse einmal warten, bis die Abrüstungskonferenz ihr Werk beendet hat, ehe es ein Urteil darüber abgibt. Es müsse ferner darauf achten, daß Art. 8 des Völkervertrages die allgemeine Abrüstung von der Sicherheit abhängig macht. Es gebe aber keine Sicherheit, solange Deutschland in dem Zustand des frenetischen Aufruhrs gegen die Friedensverträge bleibe, in dem es sich jetzt befinde. Auf diesen beiden Grundfätzen könne ein Abkommen aufgebaut werden, in dem man keine Gelegenheit vorübergehen lasse, mit Deutschland wieder Fühlung zu nehmen, und in dem man nicht erlaube, dieses Unternehmen durch seine berechtigte Abneigung zu stören. Dieses Abkommen könne liberal sein, wenn sich die beteiligten Mächte gleichzeitig durch Verträge binden, von denen mehrere zur Zeit gerüffelt sind. Sie würden dann keine Gefahr laufen, den Weg der Abrüstung zu beschreiten, die mit den notwendigen Modifikationen den Anregungen Doovers entsprächen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Südstadt Mittwoch, den 28. September 1932, um 20 Uhr, in der „Deutschen Eiche“, Augustenstraße Nr. 60, Bezirksparteiverammlung. Vortrag Genosse Stadtrat Walter Kappes über: „Vollstaat oder Diktatur“.

Bezirk Nüppurr Wichtige Ausschusssitzung heute Mittwoch, 28. September, 20 Uhr, bei Sohn, Hlternweg 21. Vollständiges Ergebnis ist nötig.

Wir zeigen in der Spielzeit 1932/33 eine Anzahl Spitzenfilme

der neuesten Ufa-Produktion

Als erstes Werk einen Film, der etwas Einmaliges darstellt!

die Lieblinge der Welt

Lilian Harvey und Hans Albers

WIKI

Ab heute
Werktags: 4.00 6.10 9.40 Uhr
Sonntags: 3. 5. 7. 9 Uhr

Pali

Herrenstraße 11
Tel. 2502

Habe meine Tätigkeit wieder aufgenommen
Zu sämtlichen Kassen zugelassen
Sprechstunde 9-12 / 2-7 Uhr

Frau Luise Greiner-Herrmann

staatl. gepr. Dentistin
Philippstraße 2 a II. 4766

Neu-Eröffnung!

Am Mittwoch, den 28. September 1932, nachmittags 3 Uhr, eröffnen wir im Stadteil Südstadt

Wilhelmstraße 28

(in nächster Nähe des Werderplatzes) eine

Metzgerei mit Wurstfabrikation

Wir werden bemüht bleiben, unsere wertvolle Kundschaft mit besserer Qualität und zu niedrigeren Preisen prompt und gewissenhaft zu bedienen. Lieberzeugen Sie sich davon durch einen alsbaldigen Besuch, zu dem wir Sie hiermit herzlich einladen. 4768

B. Bürkle

Badisches Landesstheater

Mittwoch, 28. Sept.
*A 2
(Ritornellstücke)
Th.-Gem. 701-800

Margarethe

Große Oper von Gounod
Dirigent: Krups
Regie: Frisch
Mitwirkende:
Hant, Hubertson,
Seibertich, Holbach,
Krentwig, Hirsch,
Schöpllin
Anfang 19 Uhr
Ende 22.15 Uhr
Brettel D (0.90-5.00, 4.)
1064

Da 29. 9. zum ersten Mal: Reifeprüfung, Nr. 30. 9. Die Regimentsbühnen. Sa 1. 10. Ein Sommerabendtraum.
Sa. 2. 10. Oberon.

Der Blitz vom Mittwoch

Ergiebige, weiche Strickwolle mit 15% Kunstseide sehr gutes Material 50 Gramm -25

Schlupf hose schwarze Qualität mit Kunstseide, innen gerastet Gr. 42-48 oder mit Plüschfutter Größe 42-44 1.-

BURCHARD

Was bringt der Bücherkreis in diesem Herbst?

Zunächst eine Sondervergünstigung für alle Mitglieder

Semjon Rosenfeld

Rußland vor dem Sturm

Ein spannender Erlebnis-Roman aus dem Rußland der Vorkriegszeit und der ersten Weltkriegsjahre. Das umfangreiche Buch kostet für alle Mitglieder des Bücherkreises bei bester Ausstattung bis 31. Dezember 1932 nur RM. 1.75

Ferner vier Neuerscheinungen und zwar je zwei im September und November in folgender Reihenfolge:

Josef Lenhard, Mensch unter Hammer, Roman 2.70
O. Mäuschen-Helfen, Dromi der Menschheit, Ein Ostasienbuch 2.70
Berta Selinger, Herz in Flammen, Roman 2.70
Pietri-Roberto, Rote Lanzon - Rote Fahnen, Lateinamerikanische Freiheitskämpfe 2.70

Weiterhin zwei Neuauflagen bewährter erfolgreicher Bücher aus früheren Jahren:

Werner Illing, Utopolis, Roman 2.70
L. S. Woolf, Ein Dorf im Dschungel, Roman 2.70

Dieses Programm sollte jeden, der dem Bücherkreis noch fernsteht, veranlassen, die Mitgliedschaft zu erwerben. Bedingungen: monatlich 90 Pfg. Beitrag, kein Eintrittsgeld, dafür im Vierteljahr ein Buch nach freier Wahl und das gut illustrierte interessante rdierte Vierteljahrsheft der Zeitschrift „Bücherkreis“.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Unterstützt die bahnbrechende Kulturarbeit des Bücherkreises

Werdet Mitglied!

Volksfreund-Buchhandlung

Karlsruhe, Waldstr. 28 Fernruf 7020/7021

Todes-Anzeige.

Heute früh 11 Uhr ist mein lieber Gatte, unser Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Albert Mitschele

im Alter von 46 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit verschieden. Karlsruhe, den 27. September 1932. Namens d. trauernd Hinterbliebenen: Frau Ida Mitschele Witwe geb. Andryer.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. September, nachmittags 1/3 Uhr, auf dem Hauptfriedhof Karlsruhe statt. Trauerhaus: Hlhandstraße 21. 759

Volkschor West e. V.

Todes-Anzeige.

Wir setzen unsere Mitglieder von dem plötzlichen Ableben unseres lieben Sangesbruders und Vorstandsmitgliedes

Albert Mitschele

gezielen in Kenntnis. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. September 1932, nachmittags 1/3 Uhr, auf dem Hauptfriedhof statt. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. Die Sängerkorps vereinigen sich um 1/2 Uhr im Vereinslokal zur gemeinsamen Abschiedsfeier. Der Vorstand.

Weber-Kohlenherde

auf Teilzahlung, Garantie für Back und Brennen, zu verkaufen. G. Dürr, Wilhelmstraße 63.

In jede Familie den Volksfreund

Wohnküche

moderne Form mit allen Neuerungen 170.-

Dieser Preis liegt nachweisbar unter unserem Selbstkostenpreis. Wir bieten Ihnen diese Küche nur deshalb so billig an, weil die Lackierung auf den beiden Türen des Autokases nicht ganz einwandfrei ist. Der Preisnachlass ist aber so groß, daß Sie die kleine Fehler nicht so einwandfrei ist. Der Preisnachlass ist aber so groß, daß Sie die kleine Fehler nicht so einwandfrei ist. Der Preisnachlass ist aber so groß, daß Sie die kleine Fehler nicht so einwandfrei ist.

DIE KLEINE ANZEIGE

vermittelt rasch den Wohnungsmarkt

1-Zimmer-Wohnung mit Glasabfahlg gegen ebenen Fußboden, Wasser, Heizung, Bad, etc. 86 Pfg.

Sehres Zimmer möbliert mit Nebenraum zu mieten gesucht. Briefgen, Kaiserstr. 68

Edelmöbel, Zimmer sofort od. später zu vermieten. Weidstr. 10, 1.

Freundl. möbl. Mansarde sofort an einen anst. Herrn zu vermieten. Kaiserstr. 110. 1720.

Wohnküche

moderne Form mit allen Neuerungen 170.-

Dieser Preis liegt nachweisbar unter unserem Selbstkostenpreis. Wir bieten Ihnen diese Küche nur deshalb so billig an, weil die Lackierung auf den beiden Türen des Autokases nicht ganz einwandfrei ist. Der Preisnachlass ist aber so groß, daß Sie die kleine Fehler nicht so einwandfrei ist. Der Preisnachlass ist aber so groß, daß Sie die kleine Fehler nicht so einwandfrei ist.

Der Kampf geht jetzt unvermindert fort!

Alles trägt Freiheits-Pfeile!

Drei-Pfeil-Abzeichen in der Volksfreund-Buchhandlung für 10 Pfennig erhältlich.

Pflegereinschule im städt. Kinder- und Säuglingsheim Karlsruhe

(staatl. anerkannt)

Zu dem am 1. Oktober beginnenden Kurs für Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen werden noch junge Mädchen aufgenommen. Ausbildungszeit 1 Jahr. Mindestalter 18 Jahre. Kursgeld einm. Wohnung und Verpflegung RM. 45.- monatlich. 1.85

Problett und Auskunft durch das städtische Säuglings- und Kinderheim Karlsruhe, Spelersstraße Nr. 11.

Neuwertig. Knabenmantel für 8-12 Jahre halbfähiger, sehr billig 10/24. Näherer Nr. 1720. 11.

Zu verkaufen: 2 geb. Betten mit wenig abtr. Patentroll. 1 gut erhalt. Sofa (60 Pfg.) 91720. 11.

Patentrollen von 12 RM. an sowie sämtlich Reparaturen im. Verfügbare Patentrollen. Wilhelmstr. 63

Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)

Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserstr. (zw. 10 u. 12 Uhr)

Jam Verkauf von gebrauchtem Wirtschafst-Inventar

lade ich Interessenten ein auf Donnerstag, den 2. September, nachmittags 2 Uhr im Hotelrestaurant „Friedrichshof“, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Str. 28 (3 werden u. a. verwendet: Zeller, Zoffen, Wein- und Biergläser, silberne Bekleidung, Kannen, Tablett, Schränke, Sandwagen, Zimmererarbeiten, Kofferkoffer, Schreibmaschine u. a. m. 4760

Julius Hepp, Liquidator.

Elektr. Beleuchtungskörper

Staubsauger

Radio

zu e. staunlich billigen Preisen. Größte Auswahl

Karner

Karlsruher Spezial-Produkt